



Karsten Nowrot

**„Long Live Deglobalization“
vs. „Free Trade Saves Lives“:**

**Die Rolle des
Internationalen
Wirtschaftsrechts
in Zeiten der Corona-Krise**

Rechtswissenschaftliche
Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie

Heft 39

Karsten Nowrot

**„Long Live Deglobalization“
vs. „Free Trade Saves Lives“:**

**Die Rolle des
Internationalen
Wirtschaftsrechts
in Zeiten der Corona-Krise**

Rechtswissenschaftliche
Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie

Heft 39

Professor Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana)

Professor für Öffentliches Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt
Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht am Fachbereich
Sozialökonomie der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
an der Universität Hamburg; Zweitmitglied der Fakultät für
Rechtswissenschaft der Universität Hamburg; stellvertretender Leiter
des Masterstudiengangs „European and European Legal Studies“ am
Europa-Kolleg Hamburg.

Impressum

Kai-Oliver Knops, Marita Körner, Karsten Nowrot (Hrsg.)
Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

Karsten Nowrot
„Long Live Deglobalization“ vs. „Free Trade Saves Lives“: Die Rolle
des Internationalen Wirtschaftsrechts in Zeiten der Corona-Krise
Heft 39, August 2020

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikationen in der
Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.
ISSN 2366-0260 (print)
ISSN 2365-4112 (online)

Reihengestaltung: Ina Kwon
Produktion: UHH Druckerei, Hamburg
Schutzgebühr: Euro 5,-

Die Hefte der Schriftenreihe „Rechtswissenschaftliche Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie“ finden sich zum Download auf der
Website des Fachgebiets Rechtswissenschaft am Fachbereich
Sozialökonomie unter der Adresse:

[https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/
koerner/fiwa/publikationsreihe.html](https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/koerner/fiwa/publikationsreihe.html)

Fachgebiet Rechtswissenschaft
Fachbereich Sozialökonomie
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
20146 Hamburg

Tel.: 040 / 42838 - 3521
E-Mail: Beate.Hartmann@uni-hamburg.de

Inhalt

A.	COVID-19-Pandemie und Internationales Wirtschaftsrecht: Zwei weite Felder in der Zusammenschau	5
B.	Mikro-Perspektive: Internationales Wirtschaftsrecht als Rechtmäßigkeitsmaßstab für staatliches Handeln in der Corona-Krise	7
C.	Makro-Perspektive: Konsequenzen für die zukünftige Rolle des Internationalen Wirtschaftsrechts	19
	Literaturverzeichnis	26

A. COVID-19-Pandemie und Internationales Wirtschaftsrecht: Zwei weite Felder in der Zusammenschau*

Die vielfältigen Fragestellungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Thema „Corona-Krise und Internationales Wirtschaftsrecht“ stellen sich in ihrer Gesamtheit zweifelsohne als etwas dar, was man mit dem Vater von *Effi Briest*¹ zutreffend als ein weites Feld bezeichnen kann. Dies zeigt sich bereits in eindrucksvoller Deutlichkeit, wenn man in einem ersten Schritt nur die beiden Einzelelemente der Thematik in den Blick nimmt. Da sind auf der einen Seite die erheblichen und mannigfaltigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen sowie rechtlichen – und damit im besten Sinne sozialökonomischen² – Implikationen der aktuellen COVID-19-Pandemie, deren analytische Durchdringung schon für sich genommen das Potential hat, gleichsam ganze Bibliotheken zu füllen; und genau dies zukünftig – in den kommenden Jahren – sehr wahrscheinlich auch tun wird.

Auf der anderen Seite haben wir das Internationale Wirtschaftsrecht; ein in seinen normativen Konturen und Abmessungen schon immer umstrittenes Rechtsgebiet,³ welches – in einem funktionalen und damit umfassenden Sinne richtigerweise verstanden als das Recht der internationalen Wirtschaft insgesamt⁴ – bereits seit langem als eine ausgesprochen komplexe und amorphe Materie wahrgenommen wird⁵ sowie sich im Hinblick auf eine wachsende Anzahl seiner Regelungsbereiche überdies heute zumindest bereits als ein auch „hochpolitisches“ Recht im Werden in dem Sinne charakterisieren lässt, das Fragen der Ausgestaltung seiner normativen Ordnungsstrukturen und individuelle Regelungsvorhaben wie der Abschluss von

* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, welchen der Verfasser aus Anlass der vom Fachbereich Sozialökonomie organisierten Aktionswoche des Themensemesters „Gesellschaftliche Polarisierung in Zeiten der Corona-Krise“ an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg am 29. Juni 2020 im Rahmen einer Präsenzveranstaltung im Freien (mit gleichzeitiger Möglichkeit einer digitalen Teilnahme) gehalten hat. Die Vortragsform wurde verschiedentlich beibehalten. Der Verfasser möchte allen Mitgliedern des Lenkungskreises des diesjährigen Themensemesters für ihr außerordentliches – und aktuell natürlich noch mehr als sonst außerordentlich herausgefordertes – Engagement ganz herzlich danken.

1 *Fontane*, *Effi Briest*, 38, 133, 134 und *passim*.

2 Allgemein zur Sozialökonomie als einem durch wirtschafts-, sozial- und rechtswissenschaftliche Betrachtungsperspektiven geprägten Wissenschaftskonzept vgl. u.a. *Oppolzer*, *Sozialökonomische Beiträge* 1 (1990), 6 ff.; *Nowrot*, *Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft*, 5 ff., jeweils m.w.N.

3 Vgl. zu dieser Diskussion beispielsweise *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 1 ff.; *ders.*, in: *Dicke* u.a. (Hrsg.), *Liber amicorum Jost Delbrück*, 783 (786 ff.); *Erler*, *Grundprobleme des Internationalen Wirtschaftsrechts*, 5 ff.; *Qureshi/Ziegler*, *International Economic Law*, 8 ff.; *Joerges*, *RabelsZ* 43 (1979), 6 ff.; *Behrens*, *RabelsZ* 50 (1986), 483 ff.; *Charnovitz*, *Journal of International Economic Law* 14 (2011), 3 ff.; *ders.*, *Journal of International Economic Law* 17 (2014), 607 ff.; *Herdegen*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 6 ff.; *Seiffert*, in: *Gutiérrez Girardot* u.a. (Hrsg.), *Festschrift Abendroth*, 159 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 641 ff., jeweils m.w.N.

4 Zur Gegenüberstellung des die Diskussion über den Bedeutungsgehalt des Internationalen Wirtschaftsrechts verschiedentlich prägenden Begriffspaares „internationales Recht der Wirtschaft“ und „Recht der internationalen Wirtschaft“ statt vieler *Fischer*, *German Yearbook of International Law* 19 (1976), 143 (146 u. 152); *Fikentscher*, *Wirtschaftsrecht*, Bd. 1, 49 f.; *Meessen*, *AöR* 110 (1985), 398 (402 f.); sowie eingehender zum Verständnis des Internationalen Wirtschaftsrechts als funktional verstandenes Recht der internationalen Wirtschaft *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 20 ff., m.w.N.

5 Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 1 („Begriff und Gegenstand des Internationalen Wirtschaftsrechts sind schwer zu fassen. Die Wissenschaft hat sich zwar immer wieder bemüht, begriffliche und systematische Klarheit darüber herbeizuführen, was unter ‚Internationalem Wirtschaftsrecht‘ zu verstehen ist, eine einheitliche Auffassung lässt sich aber auch heute noch nicht abschließend feststellen.“); *Blau-rock*, *JZ* 2012, 226 („Wer sich mit dem Internationalen Wirtschaftsrecht befasst, wird sehr schnell feststellen, dass er es hinsichtlich der Rechtsquellen mit einer sehr amorphen Materie zu tun hat.“); vgl. auch z.B. *Herdegen*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 6 („Der Gehalt des internationalen Wirtschaftsrechts als Thema der rechtswissenschaftlichen Darstellung befindet sich noch im Fluss.“).

Handels- und Investitionsabkommen beispielsweise nunmehr regelmäßig eine breite und kontrovers geführte Debatte in der politisch interessierten Öffentlichkeit hervorrufen sowie – hiermit eng verbunden – zu einem umstrittenen Thema in und zwischen den politischen Parteien werden.⁶

Aber auch in einer Zusammenschau ist die „Schnittmenge“ dieser beiden für sich schon weiten Themenfelder ohne Zweifel sehr beachtlich. Die globale Corona-Krise hat in vielfältiger Weise bereits aktuell – und vermutlich auch in der nahen sowie etwas fernerer Zukunft – in ihrer Bedeutung wahrscheinlich kaum zu überschätzende Auswirkungen gerade auch auf das Beziehungsgefüge der zahlreichen unterschiedlichen Steuerungssubjekte und weiteren Akteure im internationalen Wirtschaftssystem⁷ sowie die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen insgesamt als dem zentralen Regelungsgegenstand des Internationalen Wirtschaftsrechts; und damit – unmittelbar bzw. zumindest mittelbar – auch auf dieses Rechtsgebiet selbst. Diese Auswirkungen beziehen sich – um nur einige wenige Aspekte zu nennen – beispielsweise sowohl auf Implikationen hinsichtlich seiner Zwecksetzung, Steuerungswirkung und praktischen Effektivität in der aktuellen Ausnahmesituation als auch auf die fortdauernde Diskussion über die zukünftige gegenstandsadäquate und akzeptable Ausgestaltung der normativen Ordnungsstrukturen des Internationalen Wirtschaftsrechts.

Versucht man, diese Weite und Komplexität der Thematik „Internationales Wirtschaftsrecht und Corona-Krise“ im Wege einer Systematisierung jedenfalls ein wenig zu reduzieren,⁸ so lässt sie sich zunächst einmal grob auf zwei Perspektiven bzw. Implikationsdimensionen zurückführen. Zum einen umfasst das Thema aus juristischer und damit gerade auch praxis- und anwendungsorientierter Perspektive⁹ gleichsam naturgemäß die mannigfaltigen Fragen

- 6 Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch *Trebilcock*, *Advanced Introduction to International Trade Law*, 9 („Nevertheless, popular and scholarly debates over the virtues and vices of economic globalization ensure that international trade policy has forever forsaken the quiet and obscure corners of trade diplomacy that it once occupied, and become a matter of ‘high politics’.”); *Nowrot/Tietje*, *Europarecht* 52 (2017), 137 f.; *Nowrot*, *Zeitschrift für Gesetzgebung* 31 (2016), 1 ff.; sowie speziell am Beispiel der Partei-, Wahl- und Regierungsprogramme der SPD *Nowrot*, *Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung*, 14 ff.; zum Charakter des Internationalen Wirtschaftsrechts als „auch ‚politischem‘ Recht“ überdies *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 2. Allgemein zum Topos vom „politischen Recht“ und seinen verschiedenen Aussagegehalten z.B. *Isensee*, in: ders./Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Bd. XII, § 268, Rn. 1 ff.; *Stern*, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I, 14 ff., jeweils m.w.N.
- 7 Allgemein zum Begriff des internationalen Wirtschaftssystems *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 4 („das Beziehungsgefüge der unterschiedlichen Akteure des internationalen wirtschaftlichen Lebens, wie es durch die ihnen obliegenden Aufgaben, die von ihnen jeweils verfolgten Ziele und Interessen sowie die so entstehenden Konflikte und Konfliktlösungsmechanismen bestimmt wird“); *ders.*, in: *Dicke u.a.* (Hrsg.), *Liber amicorum Jost Delbrück*, 783 (785); *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 136 ff.; sowie im Hinblick auf das internationale System insgesamt *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/1, 3. Zum Begriff und Konzept der Steuerungssubjekte im internationalen Wirtschaftssystem sowie zu den einzelnen Kategorien von Steuerungssubjekten vgl. *Nowrot*, in: *Tietje* (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 2, Rn. 1 u. 8 ff., m.w.N.
- 8 Allgemein zu dieser Zwecksetzung von Systematisierungsansätzen *Luhmann*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 19 (1967), 615 (618 ff.); *ders.*, *Soziale Systeme*, 12, 50 und *passim*; vgl. überdies beispielsweise bereits *Bruner/Goodnow/Austin*, *A Study of Thinking*, 12 („A first achievement of categorizing has already been discussed. By categorizing as equivalent discriminable different events, the organism *reduces the complexity of its environment.*“) (Hervorhebung im Original).
- 9 Zur Jurisprudenz als einer praxis- und anwendungsorientierten Wissenschaft vgl. allgemein exemplarisch *Burckhardt*, *Methode und System des Rechts*, 16 ff.; besonders deutlich insoweit *ibid.*, 16 („Die Rechtswissenschaft, wenigstens die systematische, im Gegensatz zur historischen, hat ja keine a n d e r e Aufgabe als die Praxis.“) (Hervorhebung im Original); siehe hierzu überdies *Alexy*, *Theorie der Grundrechte*, 27 („Charakter der Rechtswissenschaft als einer praktischen Disziplin“); *Kriele*, *Theorie der Rechtsgewinnung*, 313; *Morlok*, in: *Schulze-Fielitz* (Hrsg.), *Staatsrechtslehre als Wissenschaft*, 49 (70 f.); *Voßkuhle*, *Rechtswissenschaft* 1 (2010), 326 (340) („Die Rechtswissenschaft selbst war immer eine auf die Praxis bezogene Wissenschaft: [...]“); *Waldhoff*, in: *Kirchhof/Magen/Schneider* (Hrsg.), *Was weiß Dogmatik?*, 17 f.; *von Arnould*, in: *Funke/Lüdemann* (Hrsg.), *Öffentliches Recht und Wissenschaftstheorie*, 65 (69 f.); *Möllers/Voßkuhle*, *Die Verwaltung* 36 (2003), 321 (325, 327 f.); *Jestaedt*, in: *Depenheuer/Grabenwarter* (Hrsg.), *Verfassungstheorie*, § 1, Rn. 20; sowie speziell bezogen auf die Staatsrechtslehre *Böckenförde*, in: *Achterberg/Krawietz/Wyduckel* (Hrsg.), *Festschrift für Hans Ulrich Scupin*, 317 (323) („Ihre Aufgabe ist Arbeit am Recht, d. h. die

hinsichtlich der Vereinbarkeit der zahlreichen und vielfältigen staatlichen Maßnahmen, welche im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie in den vergangenen Monaten ergriffen worden sind, mit den aktuell geltenden Verhaltensvorgaben des Internationalen Wirtschaftsrechts. Hierbei geht es also um die Rechtmäßigkeit des entsprechenden staatlichen Handelns, welche nicht zuletzt unter anderem auch im Lichte der jeweils anwendbaren völkerrechtlichen Handels- und Investitionsabkommen beurteilt werden muss.

Zum anderen geht es vorliegend, aus einer zukunftsgerichteten, gleichsam Makro-Perspektive betrachtet, aber natürlich auch um die Bedeutung, die Funktionen und sowie die entsprechende inhaltliche Ausrichtung – und damit insgesamt die Rolle – des Internationalen Wirtschaftsrechts bei der aktuellen und zukünftigen Ausgestaltung und Steuerung des Beziehungsgefüges der unterschiedlichen Akteure des transnationalen wirtschaftlichen Lebens und ihrer vielfältigen Interaktionen miteinander.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich im Folgenden dem so verstandenen Thema „Internationales Wirtschaftsrecht in Zeiten der Corona-Krise“ somit in zwei Schritten annähern. Hierbei ist es gleichsam selbstverständlich und bedarf daher kaum einer weiteren Erklärung, dass ich schon angesichts der Weite des Feldes hier nur einige Anmerkungen, Gedanken und Überlegungen präsentieren kann; diese aber zumindest in einer etwas strukturierten Form. In einem ersten Schritt sollen einige Überlegungen zur Rechtmäßigkeit der von zahlreichen Staaten in Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ergriffenen Maßnahmen aus der Perspektive des Internationalen Wirtschaftsrechts dargelegt werden (B.). Hieran anschließend, und hierauf aufbauend, möchte ich in einem zweiten Schritt einige Gedanken mit den Leserinnen und Lesern zu den möglichen Auswirkungen der Corona-Krise auf die zukünftige Funktion und inhaltliche Ausgestaltung der normativen Ordnungsstrukturen des Internationalen Wirtschaftsrechts teilen (C.).

B. Mikro-Perspektive: Internationales Wirtschaftsrecht als Rechtmäßigkeitsmaßstab für staatliches Handeln in der Corona-Krise

Zahlreiche Staaten in allen Teilen der Welt haben im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie in vielfältiger Weise auch solche Maßnahmen ergriffen, die sich auf die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen auswirken. Exemplarisch sei hier nur auf erlassene Exportverbote bzw. -beschränkungen für bestimmte Güter, staatlich angeordnete Produktionsumstellungen für ausgewählte Privatunternehmen oder die vorübergehende Schließung von Geschäften hingewiesen. Wir werden uns diesen Maßnahmen gleich noch etwas eingehender zuwenden.

Soweit diese und andere Maßnahmen in den Anwendungsbereich des Internationalen Wirtschaftsrechts – hierunter namentlich auch entsprechende Handels- und Investitionsabkommen – fallen, müssen sie mit den dort positivrechtlich statuierten Verhaltensvorgaben übereinstimmen.

Zwar ist in der Vergangenheit und auch in jüngerer Zeit in ganz unterschiedlichen Kontexten immer wieder unter anderem auch von Juristen beispielsweise unter Bezugnahme auf den uralten lateinischen Grundsatz *necessitas non habet legem* argumentiert worden, dass die Bewältigung von Ausnahmesituationen – und in einer solchen befinden wir uns zweifelsohne

Erkenntnis, Interpretation, systematische Aufbereitung und Durchleuchtung des geltenden Staatsrechts im Hinblick auf seine praktische, idR fallbezogene Anwendbarkeit und Fortbildung.“); relativierend im Hinblick auf die hiermit verbundenen Konsequenzen für die Rechtswissenschaft demgegenüber z.B. Möllers, Das Grundgesetz, 95 ff.; ders., in: Jestaedt/Lepsius (Hrsg.), Rechtswissenschaftstheorie, 151 (168 f.).

aktuell – nicht rechtsgebunden erfolgen müsse; dass also das Recht und die mit ihm verbundene Bindungswirkung im Notfall gleichsam zur Seite trete, um der effektiven Problemlösung unter Ausnahmebedingungen nicht im Wege zu stehen. Nach Beispiele für eine solche Argumentation muss man in der Geschichte nicht lange suchen – entsprechenden Aussagen finden sich unter anderem bei einigen US-amerikanischen Gründungsvätern wie *Alexander Hamilton*¹⁰ und *Thomas Jefferson*,¹¹ über *Abraham Lincoln*,¹² *Theobald von Bethmann Hollweg*¹³ bis hin zu *Carl Schmitt*¹⁴ und zeitlich weit über diese hinaus.¹⁵ Und sehr wahrscheinlich lässt sich diese Wahrnehmung auch im Kontext der aktuellen Corona-Krise nachweisen, obgleich mir aktuell keine Beispiele bekannt sind. Ich habe allerdings auch nicht spezifisch danach gesucht.

Gleichwohl kann eine solche Wahrnehmung von Recht als einem gleichsam „Schönwetter“-Steuerungsinstrument aus vielerlei Gründen nicht überzeugen und hat sich deshalb richtigerweise auch nicht durchsetzen können.¹⁶ Vielmehr wird quasi umgekehrt „ein Schuh draus“: Die Effektivität einer Rechtsordnung und die mit ihr verbundenen Schutzfunktionen, welche eine positivrechtliche Einhegung staatlicher Machtausübung erfordern, sind vielmehr gerade dann von herausragender Bedeutung, müssen sich gerade dann bewähren und in der sozialen Realität durchsetzen, wenn es schwierig wird; wenn, wie in Ausnahmesituationen, insbesondere auch spezifische Gefahren für rechtlich geschützte Güter und Wertsetzungen drohen.

Auch die im Zusammenhang mit der aktuellen COVID-19-Pandemie ergriffenen staatlichen Maßnahmen befinden sich also keineswegs in einer Art von rechtsfreiem Raum, sondern müssen sich an den entsprechenden positivrechtlichen Vorgaben messen lassen. Dies gilt für das relevante innerstaatliche Recht wie beispielsweise die Grundrechte des Grundgesetzes.¹⁷ Es gilt aber auch für die Verhaltenspflichten, welche sich für die Staaten und weiteren Akteure aus dem Internationalen Wirtschaftsrechts ergeben.

- 10 The Federalist No. 23 (*Alexander Hamilton*), 18 December 1787, reprinted in: *The Federalist Papers* by Alexander Hamilton, James Madison and John Jay, with an Introduction and Commentary by Garry Wills, 1982, 111 (112) („These powers ought to exist without limitation: *Because it is impossible to foresee or define the extent and variety of national exigencies, or the correspondent extent & variety of the means which may be necessary to satisfy them.* The circumstances that endanger the safety of nations are infinite, and for this reason no constitutional shackles can wisely be imposed on the power to which the care of it is committed.”) (Hervorhebungen im Original).
- 11 Letter to John B. Colvin, 20 September 1810, reprinted in: *The Writings of Thomas Jefferson*, collected and edited by Paul Leicester Ford, Volume IX, 1898, 279 („The question you propose, whether circumstances do not sometimes occur, which make it a duty in officers of high trust, to assume authorities beyond the law, is easy of solution in principle, but sometimes embarrassing in practice. A strict observance of the written laws is doubtless *one* of the high duties of a good citizen, but it is not *the highest*. The laws of necessity, of self-preservation, of saving our country when in danger, are of higher obligation. To lose our country by a scrupulous adherence to written law, would be to lose the law itself, with life, liberty, property and all those who are enjoying them with us; thus absurdly sacrificing the end to the means.”) (Hervorhebung im Original).
- 12 Für entsprechende Ausführungen von *Abraham Lincoln* vgl. beispielsweise die Analyse von *Rossiter*, *Constitutional Dictatorship – Crisis Government in the Modern Democracies*, 11 u. 223 ff.
- 13 Vgl. die entsprechende Aussage in der Rede des Reichskanzlers *von Bethmann Hollweg* vor dem Reichstag am 4. August 1914, abgedruckt in: *Commission on the Responsibility of the Authors of the War and on Enforcement of Penalties*, Report presented to the Preliminary Peace Conference, 29 March 1919, *American Journal of International Law* 14 (1920), 95 (111) („Necessity knows no law.”).
- 14 *Schmitt*, *Political Theology – Four Chapters on the Concept of Sovereignty*, 12 („What characterizes an exception is principally unlimited authority, which means the suspension of the entire existing order. In such a situation it is clear that the state remains, whereas law recedes.”).
- 15 Siehe beispielsweise in diesem Kontext zu einem „extra-legal measures model“ die Ausführungen von *Gross*, *Yale Law Journal* 112 (2003), 1011 (1096 ff.); und *Gross/Ni Aoláin*, *Law in Times of Crises – Emergency Powers in Theory and Practice*, 110 ff., m.w.N.
- 16 Hierzu statt vieler *Paddeu*, *Justification and Excuse in International Law*, 335 („It is not the case that necessity generates the right to engage in certain conduct, or that necessity, literally, opens the door to non-legality.”); *Kornioti/Nowrot*, *Looking Back to Learn for the Future?*, 5 f.
- 17 Zur aktuell beginnenden Diskussion über die Rechtmäßigkeit von staatlichen Maßnahmen in der Corona-Krise aus der Perspektive des innerstaatlichen Rechts der Bundesrepublik Deutschland vgl. exemplarisch *Terhechte*, *JZ* 2020, 431 ff.; *Hase*, *JZ* 2020, 697 ff.; *Schmitz/Neubert*, *NVwZ* 2020, 666 ff.; *Mayen*, *NVwZ* 2020, 828 ff.; *Schwarz*, *JA* 2020, 321 ff.

Aber ganz so einfach ist die Situation natürlich auch aus rechtlicher Perspektive nicht. Zwar ist es richtig, dass eine Rechtsordnung, die im Ausnahmezustand gleichsam verschwindet, ihre Effektivität als Instrument der Verhaltenssteuerung – vorsichtig ausgedrückt – stark gefährdet. Gleiches gilt aber auch für ein positivrechtliches Regelungsregime, welches quasi stur und unbeeindruckt absolute Verbote und Gebote statuiert, ohne die Möglichkeit zu antizipieren und rechtlich eingehend regelnd zu erfassen, dass es Situationen geben kann, in denen die Beachtung dieser Vorgaben nicht möglich ist bzw. von den Steuerungsadressaten nicht erwartet werden kann. Auch eine Rechtsordnung, welche das potentielle Eintreten einer Notsituation ignoriert oder sogar explizit verneint, setzt sich einer nicht zu unterschätzenden Gefahr aus, ihre Akzeptanz bei den Regelungsadressaten und damit ihre normative Steuerungswirkung einzubüßen.¹⁸

Vielmehr lässt das Ziel einer adäquaten und akzeptablen Beachtung rechtlicher Vorgaben in krisenhaften Ausnahmesituationen – eine im Prinzip uralte Herausforderung, der sich alle Rechtsordnungen sowohl im Hinblick auf das Handeln Privater als auch das Verhalten hoheitlicher Akteure schon immer ausgesetzt sahen¹⁹ – es angezeigt erscheinen, dass ein Rechtsregime durch die Aufnahme von Ausnahmebestimmungen und Rechtfertigungsklauseln ausdrücklich entsprechende Handlungsfreiräume innerhalb der jeweiligen Rechtsordnung festlegt, einschließlich entsprechender positivrechtlicher Grenzen dieser Handlungsfreiräume. Die vielfältigen Vorteile eines solchen differenzierteren Regelungsansatzes sind gerade auch im internationalen Kontext, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung völkervertragsrechtlicher Regime beispielsweise in den Bereichen des internationalen Schutzes der Menschenrechte sowie des Internationalen Wirtschaftsrechts, im rechts- und sozialwissenschaftlichen Schrifttum bereits verschiedentlich hervorgehoben worden.²⁰ Gleichwohl soll natürlich nicht unerwähnt

- 18 Zu dieser Wahrnehmung speziell im Kontext internationaler Menschenrechtsverträge siehe z.B. *Sottiaux*, in: van Dijk/van Hoof/van Rijn/Zwaak (Hrsg.), *Theory and Practice of the European Convention on Human Rights*, 1063 (1064) („The principled rejection of emergency powers has not prevented *de facto* derogation from human rights standards under the pressure of circumstances. It has been argued that a human rights regime with no provisions for emergency derogations leaves political decision-makers and courts with no other choice but to circumvent human rights norms or the legal order as whole. Such systems fail to constrain the state’s response to war and emergency situations altogether.”); *MacDonald*, *Columbia Journal of Transnational Law* 36 (1997), 225 (232) („Without it, states could and would derogate from the Convention in emergencies, but without supervision and with greater risk of abuse.”); *Kornioti/Nowrot*, *Looking Back to Learn for the Future?*, 6 f.
- 19 So im Grundsatz auch statt vieler *van Hoof*, *Human Rights Journal* 10 (1977), 213 (215) („a problem that has existed from the moment people started living in organised communities”); *Kornioti/Nowrot*, *Looking Back to Learn for the Future?*, 5; *Scheppele*, *University of Pennsylvania Journal of Constitutional Law* 6 (2004), 1001 (1002) („political theory [...] has wrestled for centuries with the question of what to do with a shock to a political system that is so great that normal rules seem no longer to apply”).
- 20 Siehe hierzu beispielsweise *Kornioti/Nowrot*, *Looking Back to Learn for the Future?*, 8 („In particular with regard to the last-mentioned approach of explicitly incorporating exception clauses referring, inter alia, to essential security interests and national emergencies, there is a rather broad consensus among social science and legal scholars as to the considerable advantages associated with such a regulatory technique in the realm of international treaty-making. Introducing an element of flexibility in the implementation processes and their underlying normative expectations, these provisions enable the contracting parties to address and better cope with the issue of uncertainty, concerning their ability to comply with the obligations arising under the treaty regime in the future, in particular also under changing – and potentially more challenging – conditions and circumstances. By signalling to states the option, legally granted to them, of at least temporarily deviating from certain treaty obligations under codified and specified extraordinary circumstances, incorporating this type of provisions facilitates and promotes, on the side of the potential contracting parties, the willingness to abstain from potentially more far-reaching reservations, to enter into deeper and broader contractual commitments or even to participate at all in the treaty regime in the first place. Moreover, bearing in mind that they allow states to derogate from their obligations without being forced to consider violating their contractual commitments – possibly compromising or endangering the integrity of the international legal regime as a whole – or withdrawing from the entire treaty, exception clauses are in sum frequently perceived as notably contributing to the overall acceptance, stability and sustainability of the international agreement at issue.”); *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 101 ff.; *Dam*, *The GATT: Law and International Economic Organization*, 99; *Schreuer*, *Yale Journal of World Public Order* 9 (1982), 113 (115-116); *Rosendorff/Miller*, *International Organization* 55 (2001), 829 (850 ff.); *Hartman*,

bleiben, dass auch in diesem Zusammenhang gleichsam der Teufel im Detail steckt²¹ und damit beispielsweise die Formulierung solcher Ausnahme- und Rechtfertigungsbestimmungen sowie ihre gegenstandsangemessene Anwendung in der Rechtspraxis, einschließlich der Anerkennung von Einschätzungsspielräumen der Regelungsadressaten und die Festlegung des anzuwendenden Prüfungsmaßstabs im Rahmen der Kontrolle durch gerichtliche und gerichtsähnliche Institutionen, zweifelsohne zu den komplexeren Herausforderungen der Rechtsgestaltung und Rechtsdogmatik gehören.

Schauen wir uns vor diesem Hintergrund doch nunmehr einmal an, wie es sich diesbezüglich mit der Regelungssystematik im Internationalen Wirtschaftsrecht verhält und welche Konsequenzen dies für die Rechtmäßigkeit bzw. Rechtswidrigkeit einiger im Kontext der Corona-Krise ergriffener staatlicher Maßnahmen hat. Natürlich kann dies vorliegend nur exemplarisch erfolgen. Überdies möchte ich mich dabei auf zwei zentrale völkerrechtliche „Säulen“ des Internationalen Wirtschaftsrechts – nämlich das Welthandelsrecht in Gestalt der Rechtsordnung der Welthandelsorganisation (WTO) und das internationale Rechtsregime zum Schutz ausländischer Investitionen – konzentrieren.

Beginnen wir dabei einfach mal mit dem Welthandelsrecht und der aktuell vergleichsweise praxisrelevanten Frage von Exportbeschränkungen bzw. Exportverboten. Nach Informationen der WTO hatten bereits im April 2020 mindestens achtzig Staaten in allen Teilen der Welt in Reaktion auf die COVID-19-Pandemie exportbeschränkende Maßnahmen erlassen.²² Diese bezogen bzw. beziehen sich insbesondere auf medizinisches Gerät wie Schutzmasken und Beatmungsgeräte, auf Desinfektionsmittel einschließlich Seife sowie auf Medikamente, teilweise aber auch unter anderem auf die Ausfuhr bestimmter Lebensmittel wie Getreide, Speiseöl und Hühnereier. Die meisten dieser Staaten sind Mitglieder der WTO. Zwischen diesen sind Ausfuhrbeschränkungen in Form von Exportverboten, sonstigen mengenmäßigen Beschränkungen oder beispielsweise auch Mindestexportpreisen gemäß Art. XI:1 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (GATT)²³ grundsätzlich unzulässig.²⁴ Ein umfassendes, ausnahmsloses Verbot von Exportbeschränkungen würde jedoch den vielfältigen Situationen

Harvard International Law Journal 22 (1981), 1 (3); Sykes, University of Chicago Law Review 58 (1991), 255 (259, 273, 278 ff.); ders., American Journal of International Law 109 (2015), 296 (305 ff.); Kucik/Reinhardt, International Organization 62 (2008), 477 ff.; van Aaken, Journal of International Economic Law 12 (2009), 507 (509); Hafner-Burton/Helfer/Fariss, International Organization 65 (2011), 673 (674 ff.); Pelc, Making and Bending International Rules: The Design of Exceptions and Escape Clauses in Trade Law, 18 ff., m.w.N.

21 Exemplarisch statt vieler Pelc, International Studies Quarterly 53 (2009), 349-350 („On the one hand, an overly rigid agreement sets high barriers to entry for new members, and risks the abrogation of the agreement at the first exogenous shock. On the other hand, an overly flexible agreement, while immune to exogenous shocks, is prone to abuse by its members, to the point where it loses its credibility and becomes irrelevant.”); Kornioti/Nowrot, Looking Back to Learn for the Future?, 8.

22 Vgl. WTO Secretariat, Export Prohibitions and Restrictions, Information Note, 23 April 2020, erhältlich im Internet unter: <https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/rese_23apr20_e.htm> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020). Siehe überdies beispielsweise WTO Secretariat, The COVID-19 Pandemic and Trade-Related Developments in LDCs, Information Note, 8 June 2020, S. 5, erhältlich im Internet unter: <https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/covid_10jun20_e.htm> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020). Für detailliertere und regelmäßig aktualisierte Angaben vgl. beispielsweise die Informationen auf der Website der WTO unter: <https://www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/covid19_e.htm> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020).

23 Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen 1994 (GATT) vom 15. April 1994 ist u.a. abgedruckt in: Tietje (Hrsg.), Welthandelsorganisation, 14 ff.

24 Allgemein und eingehender zum Anwendungsbereich des Art. XI:1 GATT vgl. unter anderem WTO, Argentina – Measures Affecting the Importation of Goods, Report of the Appellate Body of 15 January 2015, WT/DS438/AB/R, WT/DS444/AB/R, WT/DS445/AB/R, Rn. 5.216 ff.; Van den Bossche/Zdouc, World Trade Organization, 482 ff.; Tietje, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 3, Rn. 56 ff.; Matsushita/Schoenbaum/Mavroidis/Hahn, The World Trade Organization, 239 ff.; Tietje, Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse, 273 ff. und *passim*; Wolfrum, in: ders./Stoll/Hestermeyer (Hrsg.), WTO – Trade in Goods, Article XI GATT, Rn. 1 ff., jeweils m.w.N.

und Anforderungen in der Praxis nicht vollumfänglich gerecht werden. Überdies hätte es wohl kaum Aussicht auf hinreichende Akzeptanz auf Seiten der Regelungsadressaten. Dies gilt nicht zuletzt für den aktuellen Kontext der Corona-Krise.

Und genau deswegen sieht die Regelungssystematik des WTO-Rechts in Bezug auf solche exportbeschränkenden Maßnahmen und ihre Rechtmäßigkeit auch einen insgesamt deutlich ausdifferenzierteren Normierungsansatz vor.²⁵ Zunächst sind bestimmte – zeitlich begrenzte – staatliche Maßnahmen gemäß Art. XI:2 lit. a GATT bereits tatbestandlich nicht von der Verbotsnorm des Art. XI:1 GATT erfasst.²⁶ Dies gilt nach Art. XI:2 lit. a GATT für solche Ausfuhrverbote bzw. Ausfuhrbeschränkungen, welche vorübergehend angewendet werden, um einen kritischen Mangel an Lebensmitteln oder anderen für das ausführende WTO-Mitglied wichtigen Waren zu verhüten oder zu beheben. Diese Bestimmung ist natürlich auch im vorliegenden Kontext der COVID-19-Pandemie von erheblicher Praxisrelevanz.²⁷

Darüber hinaus findet in den entsprechenden Regelungsstrukturen der WTO-Rechtsordnung aber auch der Umstand eine positivrechtliche Berücksichtigung, dass solche Ausfuhrverbote oder sonstige mengenmäßige Exportbeschränkungen durchaus erhebliche nachteilige ökonomische und soziale Konsequenzen für andere Staaten und deren Bevölkerung haben können.²⁸ Daher dürfen auch prinzipiell zulässige Exportverbote und andere mengenmäßige Beschränkungen zunächst gemäß Art. XIII:1 GATT nur in nichtdiskriminierender Weise angewandt werden, also sich der Anwendungsbereich solcher Maßnahmen insbesondere nicht nur auf einige Staaten beschränken.²⁹ Weiterhin sieht Art. 12 Abs. 1 lit. a des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft³⁰ vor, dass ein WTO-Mitglied im Falle von temporären Ausfuhrbeschränkungen für Nahrungsmittel gemäß Art. XI:2 lit. a GATT – eine bislang im Rahmen der Corona-Krise nur von wenigen Staaten wie der Kirgisischen Republik,

25 Hierzu im aktuellen Kontext auch z.B. *Pauwelyn*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 103 (108) („Trade agreements generally prohibit quantitative export restrictions. But they also provide for a series of carve-outs and exceptions that explicitly allow countries, especially on a temporary basis, to restrict exports in times of pandemic, subject to certain conditions.“).

26 Zur Bedeutung und den Voraussetzungen des Art. XI:2 lit. a GATT siehe beispielsweise WTO, *China – Measures Related to the Exportation of Various Raw Materials*, Report of the Appellate Body of 30 January 2012, WT/DS394/AB/R, WT/DS395/AB/R, WT/DS398/AB/R, Rn. 319 ff.

27 Siehe hierzu nur WTO Secretariat, *Export Prohibitions and Restrictions*, Information Note, 23 April 2020, S. 5, erhältlich im Internet unter: <https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/rese_23apr20_e.htm> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020) („To date, 13 members (or 39 if the EU member states are counted individually) have notified under the QR Decision the introduction of new export prohibitions or restrictions as a result of the COVID-19 pandemic: Albania, Australia, Bangladesh, Colombia, Costa Rica, Egypt, the European Union, Georgia, the Republic of Korea, the Kyrgyz Republic, North Macedonia, Thailand and Ukraine. In terms of the WTO justification, most of these members have cited Articles XI:2 and/or Article XX(b) of the GATT 1994.“); *Hoekman/Fiorini/Yildirim*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 77 (81).

28 Vgl. hierzu im vorliegenden Kontext z.B. *Evenett*, *Tackling Coronavirus – The Trade Policy Dimension*, 5; *Evenett*, *Tackling COVID-19 Together*, 4 ff.; WTO Secretariat, *Export Prohibitions and Restrictions*, Information Note, 23 April 2020, S. 7 ff., erhältlich im Internet unter: <https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/rese_23apr20_e.htm> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020); *Baldwin/Evenett*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 1 ff.; *Stellinger/Berglund/Iaskson*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 21 ff.; *Bown*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 31 ff.; *Evenett*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 49 ff.; *Fiorini/Hoekman/Yildirim*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 63 ff.; *Hoekman/Fiorini/Yildirim*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 77 ff., jeweils m.w.N.

29 Siehe zum Regelungsgehalt von Art. XIII:1 GATT auch beispielsweise *Trebilcock/Howse/Eliason*, *The Regulation of International Trade*, 283 ff.; *Herrmann/Weiß/Ohler*, *Welthandelsrecht*, Rn. 487 ff.; *Berrisch*, in: Prieß/Berrisch (Hrsg.), *WTO-Handbuch*, B.I.1., Rn. 101 ff.; sowie *Bender*, in: Hilf/Oeter (Hrsg.), *WTO-Recht*, § 10, Rn. 23 („spezielle Meistbegünstigungsverpflichtung“).

30 Das Übereinkommen über die Landwirtschaft der WTO vom 15. April 1994 ist u.a. abgedruckt in: *Tietje* (Hrsg.), *Welthandelsorganisation*, 90 ff. Eingehender zu den Regelungsinhalten dieses Abkommens vgl. statt vieler *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 3, Rn. 100 ff.; *Matsushita/Schoenbaum/Mavroidis/Hahn*, *The World Trade Organization*, 251 ff.; *Jessen*, in: Hilf/Oeter (Hrsg.), *WTO-Recht*, § 17, Rn. 15 ff., jeweils m.w.N.

Nordmazedonien und Thailand ergriffene Maßnahme³¹ – „sorgfältig die Auswirkungen eines solchen Verbots oder einer solchen Beschränkung auf die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung der Einfuhrmitglieder“ zu berücksichtigen hat. Überdies müssen – dem Transparenzprinzip und den damit verbundenen Funktionen entsprechend³² – alle Ausfuhrverbote oder sonstige mengenmäßige Exportbeschränkungen der WTO notifiziert werden. Diese prozedurale Anforderung ist in der Decision on Notification Procedures for Quantitative Restrictions, welche am 22. Juni 2012 von dem Rat für den Handel mit Waren beschlossen worden ist, niedergelegt.³³ Im Anwendungsbereich des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft ergibt sich dieses Notifizierungserfordernis aus Art. 12 Abs. 1 lit. b dieses Abkommens.

Unabhängig von der Einschlägigkeit des Art. XI:2 GATT ermöglicht weiterhin die allgemeine Rechtfertigungsklausel des Art. XX GATT die Verhängung auch permanenter Ausfuhrverbote oder -beschränkungen; und zwar gemäß Art. XX lit. b GATT auch für den im vorliegenden Kontext der Corona-Krise insbesondere einschlägigen Fall, dass diese Maßnahmen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit von Menschen notwendig sind.³⁴ Wie unter anderem bereits durch das einschränkende Tatbestandsmerkmal „notwendig“ indiziert wird, unterliegt die Rechtfertigungsmöglichkeit nach Art. XX GATT aber auch selbst wiederum rechtlichen Schranken, die insbesondere eine missbräuchliche Berufung auf diese Bestimmung durch einzelne WTO-Mitglieder verhindern soll.³⁵ So unterliegen die ergriffenen Maßnahmen auf der Basis dieser Bestimmung grundsätzlich einer zweistufigen Prüfung³⁶ in dem Sinne, dass sie sich regelmäßig als verhältnismäßig zur Erreichung eines der in Art. XX lit. a bis lit. j GATT aufgelisteten Schutzzwecke erweisen müssen³⁷ und überdies den Anforderungen des

- 31 Vgl. hierzu WTO Secretariat, Export Prohibitions and Restrictions, Information Note, 23 April 2020, S. 5, erhältlich im Internet unter: <https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/rese_23apr20_e.htm> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020).
- 32 Allgemein und eingehend zur Bedeutung des Transparenzprinzips im Internationalen Wirtschaftsrecht insgesamt vgl. Zoellner, Das Transparenzprinzip im internationalen Wirtschaftsrecht, 47 ff., m.umf.N.
- 33 WTO, Decision on Notification Procedures for Quantitative Restrictions, adopted by the Council for Trade in Goods on 22 June 2012, WTO Doc. G/L/59/Rev.1 of 3 July 2012.
- 34 Speziell zum Regelungsgehalt des Art. XX lit. b GATT vgl. Van den Bossche/Zdouc, World Trade Organization, 557 ff.
- 35 Allgemein und eingehender zu den Voraussetzungen des Art. XX GATT siehe unter anderem Tietje, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 3, Rn. 91 ff.; Van den Bossche/Zdouc, World Trade Organization, 546 ff.; Krajewski, Wirtschaftsvölkerrecht, Rn. 342 ff.
- 36 Siehe schon WTO, *United States – Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, Report of the Appellate Body of 29 April 1996, WT/DS2/AB/R, S. 22 („In order that the justifying protection of Article XX may be extended to it, the measure at issue must not only come under one or another of the particular exceptions - paragraphs (a) to (j) - listed under Article XX; it must also satisfy the requirements imposed by the opening clauses of Article XX. The analysis is, in other words, two-tiered: first, provisional justification by reason of characterization of the measure under XX(g); second, further appraisal of the same measure under the introductory clauses of Article XX.”); sowie nachfolgend beispielsweise WTO, *Korea – Measures Affecting Imports of Fresh, Chilled and Frozen Beef*, Report of the Appellate Body of 11 December 2000, WT/DS161/AB/R, WT/DS169/AB/R, Rn. 156; WTO, *Dominican Republic – Measures Affecting the Importation and Internal Sale of Cigarettes*, Report of the Appellate Body of 25 April 2005, WT/DS302/AB/R, Rn. 64; WTO, *Brazil – Measures Affecting Imports of Retreaded Tyres*, Report of the Appellate Body of 3 December 2007, WT/DS332/AB/R, Rn. 139; WTO, *China – Measures Related to the Exportation of Various Raw Materials*, Report of the Appellate Body of 30 January 2012, WT/DS394/AB/R, WT/DS395/AB/R, WT/DS398/AB/R, Rn. 354; WTO, *European Communities – Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products*, Report of the Appellate Body of 22 May 2014, WT/DS400/AB/R, WT/DS401/AB/R, Rn. 5.169; WTO, *Colombia – Measures Relating to the Importation of Textiles, Apparel and Footwear*, Report of the Appellate Body of 7 June 2016, WT/DS461/AB/R, Rn. 5.67; WTO, *India – Certain Measures Relating to Solar Cells and Solar Modules*, Report of the Appellate Body of 16 September 2016, WT/DS456/AB/R, Rn. 5.56.
- 37 Zur Verhältnismäßigkeitsprüfung nach Art. XX GATT in der Rechtsprechungspraxis der WTO vgl. z.B. WTO, *Korea – Measures Affecting Imports of Fresh, Chilled and Frozen Beef*, Report of the Appellate Body of 11 December 2000, WT/DS161/AB/R, WT/DS169/AB/R, Rn. 157 ff.; WTO, *Dominican Republic – Measures Affecting the Importation and Internal Sale of Cigarettes*, Report of the Appellate Body of 25 April 2005, WT/DS302/AB/R, Rn. 66 ff., m.w.N. Aus dem Schrifttum vgl. in diesem Zusammenhang beispielsweise die kritische Analyse von Nagy, *Journal of International Economic Law* 23 (2020), 143 (145 ff.), m.w.N.

Einleitungssatzes des Art. XX GATT, des so genannten „chapeau“, zu genügen haben.³⁸ Insgesamt stellt Art. XX GATT damit den Versuch dar „of locating and marking out a line of equilibrium between the right of a Member to invoke an exception under Article XX and the rights of the other Members under varying substantive provisions (e.g., Article XI) of the GATT 1994, so that neither of the competing rights will cancel out the other and thereby distort and nullify or impair the balance of rights and obligations constructed by the Members themselves in that Agreement. The location of the line of equilibrium, as expressed in the chapeau, is not fixed and unchanging; the line moves as the kind and the shape of the measures at stake vary and as the facts making up specific cases differ.”³⁹

Zusammenfassend ist damit zu konstatieren, dass die Rechtsordnung der WTO im Prinzip ein angemessen ausdifferenziertes Regelungssystem aufweist, welches staatliche Handlungsspielräume gerade auch im Zusammenhang mit Krisensituationen wie der aktuellen COVID-19-Pandemie eröffnet und rechtlich anerkennt, gleichzeitig aber auch versucht, eine missbräuchliche Berufung auf die entsprechenden Ausnahmebestimmungen und Rechtfertigungsklauseln zu verhindern, Transparenz zu schaffen und überdies die Interessen der von den Ausfuhrbeschränkungen betroffenen anderen Staaten und deren Bevölkerung zu berücksichtigen.

Ein im Grundsatz vergleichbar positiver Befund ergibt sich jedoch nicht bzw. zumindest aktuell noch nicht, wenn man den zweiten zentralen wirtschaftsvölkerrechtlichen Regelungsbereich, der bei der Frage der Rechtmäßigkeit der von Staaten im Kontext der Corona-Krise ergriffenen Maßnahmen von Relevanz ist, in den Blickpunkt der Analyse nimmt, nämlich das internationale Rechtsregime zum Schutz ausländischer Investoren und ihrer Investitionen. Eine ganze Reihe der von Staaten in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie erlassenen Maßnahmen fallen potentiell in den Anwendungsbereich völkerrechtlicher Investitionsschutzabkommen. Hierbei handelt es sich – um nur einige Beispiele zu nennen – wiederum um staatlich veranlasste Exportverbote bzw. entsprechende mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen, um staatlich angeordnete Produktionsumstellungen für bestimmte Privatunternehmen wie sie beispielsweise in den USA auf der Grundlage des Defense Production Act von 1950 möglich und auch im vorliegenden Kontext bereits angewandt worden sind,⁴⁰ aber vor allem auch um die weltweit zahlreichen vorübergehenden Schließungen

38 Zur Bedeutung des chapeau im Rahmen der Prüfung der Voraussetzungen des Art. XX GATT siehe unter anderem WTO, *United States – Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, Report of the Appellate Body of 29 April 1996, WT/DS2/AB/R, S. 22 („The chapeau is animated by the principle that while the exceptions of Article XX may be invoked as a matter of legal right, they should not be so applied as to frustrate or defeat the legal obligations of the holder of the right under the substantive rules of the General Agreement. If those exceptions are not to be abused or misused, in other words, the measures falling within the particular exceptions must be applied reasonably, with due regard both to the legal duties of the party claiming the exception and the legal rights of the other parties concerned.”); WTO, *Brazil – Measures Affecting Imports of Retreaded Tyres*, Report of the Appellate Body of 3 December 2007, WT/DS332/AB/R, Rn. 224 („We begin our analysis by recalling that the function of the chapeau is the prevention of abuse of the exceptions specified in the paragraphs of Article XX.”); WTO, *European Communities – Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products*, Report of the Appellate Body of 22 May 2014, WT/DS400/AB/R, WT/DS401/AB/R, Rn. 5.297 („The function of the chapeau of Article XX of the GATT 1994 is to prevent the abuse or misuse of a Member’s right to invoke the exceptions contained in the subparagraphs of that Article. In that way, the chapeau operates to preserve the balance between a Member’s right to invoke the exceptions of Article XX, and the rights of other Members to be protected from conduct proscribed under the GATT 1994.”).

39 WTO, *United States – Import Prohibition of Certain Shrimp and Shrimp Products*, Report of the Appellate Body of 12 October 1998, WT/DS58/AB/R, Rn. 159. Vgl. zu dieser Wahrnehmung auch bereits Tietje, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 3, Rn. 91.

40 Siehe Memorandum on Order Under the Defense Production Act Regarding General Motors Company v. 27. März 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/memorandum-order-defense-production-act-regarding-general-motors-company/>> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020); hierzu sowie im Hinblick auf weitere Staaten wie Spanien und die Schweiz, deren Rechtsordnungen die Möglichkeit ähnlicher Maßnahmen vorsehen, vgl. auch UNCTAD, *Investment Policy Responses to the COVID-19 Pandemic*, Investment Policy Monitor, Special

von Geschäften, Restaurants, Hotels und Clubs sowie die nachfolgend angeordneten Hygienemaßnahmen für den Fall der Wiedereröffnung, welche vielfach erhebliche Gewinneinbußen zur Folge hatten bzw. haben. Alle diese und zahlreiche weitere Maßnahmen betreffen nicht nur inländische Unternehmen, sondern nicht selten auch ausländische Investoren und müssen sich insoweit im Hinblick auf ihre Rechtmäßigkeit gegebenenfalls unter anderem auch an den in zwischenstaatlichen Investitionsabkommen statuierten Verhaltensvorgaben für Gaststaaten messen lassen.

Und dass es sich hierbei keineswegs nur um eine theoretische Möglichkeit handelt, zeigt – um nur ein aktuelles Beispiel im vorliegenden Kontext zu nennen – die Situation in Peru. Im Frühjahr 2020 hat das peruanische Parlament ein Gesetz verabschiedet, welches die Mautgebühren für kostenpflichtige Straßen vorübergehend aussetzt, um den Transport von wichtigen Gütern und Personal in der Corona-Krise kostengünstiger zu gestalten und damit zu erleichtern. Peru hat aktuell 74 Mautstrecken. 24 davon werden von Staatsunternehmen betrieben, welche bereits vorher die Mautgebühren ausgesetzt hatten. 32 private Betreiber haben dies ebenfalls bereits freiwillig getan. Aber da sind eben noch achtzehn weitere Unternehmen, darunter auch ausländische Investoren, die die Gebotenheit einer solchen Maßnahme teilweise anders beurteilen. Und genau vor diesem Hintergrund ist in Peru bereits die Befürchtung aufgekommen, dass einige dieser ausländischen Unternehmen internationale Investitionsschiedsverfahren gegen diesen Staat einleiten könnten, um die Rechtswidrigkeit der gesetzlichen Regelung feststellen zu lassen und eine Entschädigung bzw. Schadensersatz zu erlangen.⁴¹

Und ein solches Szenario wird in Peru – und sicherlich auch in einer ganzen Reihe von anderen Staaten – durchaus sehr ernst genommen, denn die Chancen der ausländischen Investoren in entsprechenden Investitionsschiedsverfahren stünden im Prinzip vielleicht gar nicht so schlecht. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der mittlerweile gleichsam traditionellen bilateralen Investitionsschutzabkommen – also diejenigen, welche seit dem Ende der 1950er Jahre⁴² bis ungefähr in die zweite Hälfte der 2000er Jahre hinein abgeschlossen worden sind – keine so ausdifferenzierten Regelungsstrukturen aufweisen, wie dies beispielsweise bei der WTO-Rechtsordnung der Fall ist. Vielmehr zeichnen sie sich ganz überwiegend durch die Statuierung sehr offen und weit formulierter Schutzstandards für ausländische Investoren aus⁴³ und sehen in diesem Zusammenhang regelmäßig, in nennens-

Issue No. 4, May 2020, 9; UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 92.

41 Vgl. hierzu *Cosmos Sanderson*, Peru Warned of Potential ICSID Claims over Covid-19 Measures, Latin Lawyer, 15 April 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://latinlawyer.com/article/1225491/peru-warned-of-potential-icsid-claims-over-covid-19-measures>> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020).

42 Das weltweit erste bilaterale Investitionsschutzabkommen wurde am 25. November 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan abgeschlossen, vgl. Vertrag zur Förderung und zum Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan v. 25. November 1959, BGBl. 1961 II, 793. Vgl. hierzu auch z.B. *de Nanteuil*, International Investment Law, 33.

43 Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch *CMS Gas Transmission Company v. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/01/8, Award of 12 May 2005, Rn. 273 („The Treaty, like most bilateral investment treaties, does not define the standard of fair and equitable treatment and to this extent Argentina’s concern about it being somewhat vague is not entirely without merit.”); *Sempra Energy International v. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/02/16, Award of 28 September 2007, para. 296 („The Tribunal finds the Respondent to be right in arguing that fair and equitable treatment is a standard that is none too clear and precise. This is because international law is itself not too clear or precise as concerns the treatment due to foreign citizens, traders and investors. This is the case because the pertinent standards have gradually evolved over the centuries.”); *Rumeli Telecom A.S. et al. v. Kazakhstan*, ICSID Case No. ARB/05/16, Award of 29 July 2008, Rn. 610; *Roberts*, American Journal of International Law 107 (2013), 45 (50) („investment treaties have traditionally been brief and broadly worded, leaving many gaps and ambiguities”); *de Nanteuil*, International Investment Law, 249; *Boor/Nowrot*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 7 (2016), 91 ff.; *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, Rn. 636; *Griebel*, Internationales Investitionsrecht, 69; *Schöbener/Herbst/Perkams*, Internationales Wirtschaftsrecht, 271; *Salacuse*, The Law of Investment Treaties, 147, 155, 230 und *passim*.

wertem Umfang insbesondere seit Ende der 1980er Jahre,⁴⁴ die Möglichkeit vor, dass diese Investoren im Falle einer behaupteten Verletzung dieser Schutzstandards durch den Gaststaat ein internationales Investor-Staat-Schiedsverfahren einleiten können; die Durchsetzung der Schutzstandards also nicht mehr ausschließlich dem Heimatstaat des jeweiligen Unternehmens, sondern auf der Grundlage von völkervertragsrechtlichen Schiedsklauseln dem Investor selbst übertragen worden ist.⁴⁵

Zu den auch im vorliegenden Kontext der Corona-Krise einschlägigen und in zahlreichen Investitionsabkommen statuierten Schutzstandards gehört zunächst der Anspruch auf gerechte und billige Behandlung, welcher unter anderem die legitimen Erwartungen der ausländischen Investoren erfasst und gerade insofern in der schiedsgerichtlichen Praxis teilweise sehr weit verstanden worden ist, also eine große Vielfalt an Aktivitäten sowie eine hiermit verbundene nachteilige Behandlung eines Investors potentiell erfassen und abzudecken vermag.⁴⁶ Überdies ist hier unter anderem die regelmäßig in Investitionsabkommen positivrechtlich verankerte Vorgabe zu nennen, den ausländischen Investoren vollen Schutz und volle Sicherheit zu gewähren;⁴⁷ eine Rechtsposition, aus der sich – in gleichsam umgekehrter Konstellation zu dem „Peru-Szenario“ – möglicherweise in Bezug auf die Situation in einigen Ländern sogar ein Anspruch auf Schadensersatz gegen den Gaststaat aufgrund von Sorgfaltspflichtverletzungen vor dem Hintergrund unzureichender staatlicher Schutzmaßnahmen im Kontext der COVID-19-Pandemie ergeben könnte.

Ein weiterer, potentiell gerade auch im Kontext der Corona-Krise wichtiger Schutzstandard bildet der ebenfalls in den meisten Investitionsabkommen statuierte Schutz vor indirekten Enteignungen, also solchen Maßnahmen des Gaststaates, bei denen den ausländischen Investoren – im Unterschied zu direkten Enteignungen – ihre Eigentumspositionen nicht formell entzogen wird, aber die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Investition so untergraben und die ökonomischen Handlungsmöglichkeiten so eingeschränkt werden, dass diese Maßnahmen eine enteignungsgleiche Wirkung entfalten und deswegen – wie im Falle direkter Enteignungen – eine Entschädigungspflicht des Gaststaates auslösen.⁴⁸ Da im Prinzip natürlich viele staatliche

44 Vgl. hierzu *Yackee*, Brooklyn Journal of International Law 33 (2008) 405 (433); *Nowrot*, in: Hindelang/Krajewski (Hrsg.), *Shifting Paradigms in International Investment Law*, 227 (230 u. 256); *Roberts*, Harvard International Law Journal 55 (2014), 1 (3 Fn. 4). Das mutmaßlich erste zwischenstaatliche Investitionsabkommen, welches eine Investor-Staat-Streitbeilegung vorsah, war der am 11. Juni 1969 von Italien und der Republik Tschad unterzeichnete BIT, siehe *Newcombe/Paradell*, *Law and Practice of Investment Treaties: Standards of Treatment*, 45.

45 Allgemein und eingehender zum internationalen Investitionsrechtsschutz auf der Grundlage von Investor-Staat-Schiedsverfahren statt vieler *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, § 4, Rn. 1 ff.; *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 18, Rn. 15 ff.; *Sabahi/Rubins/Wallace*, *Investor-State Arbitration*, 47 ff.; *De Luca/Sacerdoti*, in: Krajewski/Hoffmann (Hrsg.), *Research Handbook on Foreign Direct Investment*, 193 ff., jeweils m.w.N.

46 Zum Schutzstandard der gerechten und billigen Behandlung im internationalen Investitionsrecht vgl. statt vieler *Bonnitza*, *Substantive Protection under Investment Treaties*, 143 ff.; *Dolzer/Schreuer*, *Principles of International Investment Law*, 130 ff.; *Jacob/Schill*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), *International Investment Law*, 700 ff.

47 Zur Garantie vollen Schutzes und voller Sicherheit als völkervertragsrechtlicher Investitionsschutzstandard siehe unter anderem *de Nanteuil*, *International Investment Law*, 334 ff.; *Collins*, *International Investment Law*, 137 ff.; *Dolzer/Schreuer*, *Principles of International Investment Law*, 160 ff.

48 Vgl. hierzu aus der schiedsgerichtlichen Praxis exemplarisch *Crystallex v. Venezuela*, ICSID Case No. ARB(AF)/11/2, Award of 4 April 2016, Rn. 667 („It is generally understood that a “direct” expropriation occurs where the investor’s investment is taken through formal transfer of title or outright seizure, whereas an “indirect” expropriation occurs where a state’s action or series of actions result in the investor being deprived of the enjoyment or benefit of its investment, although title to the property or the rights remains with the original owner.”); *Spyridon Roussalis v. Romania*, ICSID Case No. ARB/06/1, Award of 7 December 2011, Rn. 327 („Expropriation can be direct, that is, resulting from a deliberate formal act of taking, or indirect. Indirect expropriation may occur when measures “result in the effective loss of management, use or control, or a significant depreciation of the value, of the assets of a foreign investor” (UNCTAD Series on issues in international investment agreements, *Taking of Property*, 2000, p.2).”) *LG&E Energy Corp. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/02/1, Decision on Liability of 3 October 2006, Rn. 188 („Generally, the expression “equivalent to expropriation” or “tantamount to expropriation” found in most bilateral treaties, may refer both, to the

Maßnahmen – beispielsweise aus Gründen des Umweltschutzes, des Kulturgüterschutzes, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder eben des Gesundheitsschutzes – die Gewinn- und Handlungsmöglichkeiten von Investoren teilweise sehr erheblich einschränken können, stellt sich in diesem Zusammenhang bereits seit längerem die Frage nach einem angemessenen Prüfungsmaßstab für die Abgrenzung zwischen entschädigungspflichtigen indirekten Enteignungen einerseits und keinen entsprechenden Anspruch auf Entschädigung auslösenden legitimen regulatorischen Maßnahmen des Gaststaates andererseits; eine Rechtsfrage, auf die unterschiedliche Investitionsschiedsgerichte in der jüngeren Vergangenheit bekanntermaßen unterschiedliche Antworten gegeben haben.⁴⁹

Eine durchaus einflussreiche Interpretation dieses Schutzstandards, die so genannte „sole effects doctrine“,⁵⁰ stellt dabei in diesem Zusammenhang ausschließlich bzw. zumindest primär auf die Schwere des Eingriffs und die ökonomischen Auswirkungen auf den ausländischen Investor ab, berücksichtigt also bei der Feststellung des Vorliegens einer entschädigungspflichtigen indirekten Enteignung – im Unterschied zu einer Verhältnismäßigkeitsprüfung – prinzipiell nicht die mit der staatlichen Maßnahme verfolgten Zwecksetzungen und ihre Relevanz.⁵¹ Und das Vorliegen einer solchen Schwere und Intensität des Eingriffs⁵² könnte man vorliegend

so-called “creeping expropriation” and to the de facto expropriation. Their common point rests in the fact that the host State’s actions or conduct do not involve “overt taking” but the taking occurs when governmental measures have “effectively neutralize[d] the benefit of property of the foreign owner.” Ownership or enjoyment can be said to be “neutralized” where a party no longer is in control of the investment, or where it cannot direct the day-to-day operations of the investment. As to the differences, it is usual to say that indirect expropriation may show itself in a gradual or growing form - creeping expropriation - or through a sole and unique action, or through actions being quite close in time or simultaneous - de facto expropriation.”); eingehender zu den im Einzelnen weiterhin umstrittenen Regelungsgehalten des Schutzes vor indirekten Enteignungen vgl. auch z.B. *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 8, Rn. 76 ff.; *Kriebaum*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 959 (971 ff.); *de Nanteuil*, International Investment Law, 319 ff.

- 49 Zu den – bei gebotener systematisierender Vereinfachung – im Grundsatz drei verschiedenen Ansätzen in der schiedsgerichtlichen Praxis siehe *Nowrot*, Journal of World Investment and Trade 15 (2014), 612 (628 f.); *Bücheler*, Proportionality in Investor-State Arbitration, 125 ff.; *Kriebaum*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 959 (971 ff.).
- 50 So statt vieler *Dolzer*, New York University Environmental Law Journal 11 (2002), 64 (79 ff.); *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 8, Rn. 77; *de Nanteuil*, International Investment Law, 320 f.; *Boor/Nowrot*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 7 (2016), 91 (95).
- 51 Aus der investitionsschiedsgerichtlichen Praxis vgl. beispielsweise *Tecmed v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award of 29 May 2003, Rn. 116 („The government’s intention is less important than the effects of the measures on the owner of the assets or on the benefits arising from such assets affected by the measures; and the form of the deprivation measure is less important than its actual effects.”); *Spyridon Roussalis v. Romania*, ICSID Case No. ARB/06/1, Award of 7 December 2011, Rn. 330 („The intention or purpose of the State is relevant but is not decisive of the question whether there has been an expropriation. In *Phillips Petroleum Co Iran v The Islamic Republic of Iran* (CLA 61, ¶97), the arbitral tribunal decided that “[t]he intent of the government is less important than the effects of the measures on the owner, and the form of the measures of control or interference is less important than the reality of their impact ... Therefore, the Tribunal need not determine the intent of the Government of Iran ...”); *Santa Elena v. Costa Rica*, ICSID Case No. ARB/96/1, Award of 17 February 2000, Rn. 72 („Expropriatory environmental measures - no matter how laudable and beneficial to society as a whole - are, in this respect, similar to any other expropriatory measures that a state may take in order to implement its policies: where property is expropriated, even for environmental purposes, whether domestic or international, the state’s obligation to pay compensation remains.”).
- 52 Hierzu exemplarisch *Compania del Desarrollo de Santa Elena v. Costa Rica*, ICSID Case No. ARB/96/1, Final Award of 17 February 2000, Rn. 76 („What has to be identified is the extent to which the measures taken have deprived the owner of the normal control of his property”); *Telenor v. Hungary*, ICSID Case No. ARB/04/15, Award of 13 September 2006, Rn. 70 („In considering whether measures taken by government constitute expropriation the determinative factors are the intensity and duration of the economic deprivation suffered by the investor as the result of them.”); *Spyridon Roussalis v. Romania*, ICSID Case No. ARB/06/1, Award of 7 December 2011, Rn. 328 („On the other hand, in order to determine whether an indirect expropriation has taken place, the determination of the effect of the measure is the key question. Acts that create impediments to business do not by themselves constitute expropriation. In order to qualify as indirect expropriation, the measure must constitute a deprivation of the economic use and enjoyment, as if the rights related thereto, such as the income or benefits, had ceased to exist (*Tecmed v. Mexico*, Award, May 29, 2003, 43 ILM (2004) 133, para. 115). In *Telenor*, the Tribunal decided that: “[t]he conduct complained of must be such as to have a major adverse impact on the economic value of the investment,” as “substantially to deprive the investor of the

durchaus auch bei vielen im Zusammenhang mit der Corona-Krise ergriffenen staatlichen Maßnahmen bejahen. Hinzu kommt, dass die traditionellen Investitionsabkommen – und das sind immer noch die überwiegende Mehrheit der aktuell mehr als 3.200 völkervertragsrechtlichen Regime⁵³ – regelmäßig keine tatbestandlichen Ausnahmebestimmungen vorsehen und auch – wiederum im Unterschied zum Welthandelsrecht – keine Rechtfertigungsklauseln statuieren. Vor diesem Hintergrund ist die Vermutung also nicht allzu fernliegend, dass ausländische Investoren im Kontext der aktuellen COVID-19-Pandemie in bestimmten Konstellationen durchaus mit Aussicht auf Erfolg auf Entschädigung bzw. Schadensersatz klagen könnten.

Erst in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren hat sich in der internationalen Staatengemeinschaft zunehmend die Auffassung durchgesetzt, dass das völkervertragsrechtliche Regime zum Schutz ausländischer Investitionen einer umfassenderen Reform bedarf, um das Spannungsverhältnis⁵⁴ zwischen den völkerrechtlich geschützten und legitimen Interessen des Investors sowie der Regelungshoheit des Gaststaates zum Schutz und der Förderung weiterer, nichtökonomischer Gemeinwohlbelange wie namentlich auch dem Gesundheitsschutz zu einem neuen, angemesseneren Ausgleich zu bringen.⁵⁵

Und in der Tat finden sich in der aktuellen internationalen Vertragspraxis bereits zahlreiche Regelungsansätze, die darauf abzielen, andere völkerrechtliche Sachbereiche wie den Gesundheitsschutz, den Schutz der Menschenrechte, den Umweltschutz, die Verwirklichung von international anerkannten Arbeits- und Sozialschutzstandards, die Korruptionsbekämpfung sowie weitere öffentliche Interessen in die Regelungsstrukturen von Investitionsübereinkommen einzubeziehen.⁵⁶ Hierzu gehören – um nur einige zu nennen – die ausdrückliche Erwähnung der Bedeutung nichtökonomischer Gemeinwohlbelangen für die Vertragsparteien in den Präambeln von Investitionsverträgen,⁵⁷ Ansätze zur Begrenzung des Interpretations- und Entscheidungsspielraums in zukünftigen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren

economic value, use or enjoyment of its investment” (Telenor Mobile Communications A.S. v. Republic of Hungary, ICSID Case No. ARB/04/15, Award, September 13, 2006, 64-65.)“); *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 8, Rn. 77; *Kriebaum*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 959 (982 ff.).

53 UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 106.

54 Zur Wahrnehmung, dass das internationale Investitionsrecht schon immer in zentraler Weise gerade auch durch das Spannungsverhältnis zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Investors und der Regulierungsautonomie des Gaststaates geprägt gewesen ist, vgl. z.B. *Tietje*, Internationales Investitionsschutzrecht, 5 ff.; *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, Rn. 543; *Salacuse*, The Law of Investment Treaties, 46 ff.; *García-Bolivar*, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 24 (2009), 464 ff.; *Nowrot*, Ein notwendiger “Blick über den Tellerrand”, 15; *Perkams*, Internationale Investitionsschutzabkommen, 21 ff.

55 Vgl. hierzu unter anderem bereits *Nowrot*, in: Hindelang/Krajewski (Hrsg.), Shifting Paradigms in International Investment Law, 227 (232) („it is by now increasingly recognized among governments of industrialized and developing countries, practitioners and scholars alike, that at the level of designing investment agreements as well as in the realm of investor-State arbitration proceedings, the central challenge lawmakers and arbitrators are as of today ever more faced with is to provide for an appropriate and thus acceptable balance between the legally protected economic interests of foreign investors and the domestic steering capacity or policy space of host States to allow the later to pursue the promotion and protection of other public interest concerns“); *Tietje*, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 24 (2009), 457 (461) („The need for a ‘policy space’ for governments, i.e. autonomy in national policy-making without constraints by international law and particularly international investment protection law, is one of the most significant consequences of the proliferation of investment law and the fragmentation of international law in general. We are currently witnessing discussions about the necessary policy space in the area of foreign investment, on both the national and international levels.“); *Broude/Haftel/Thompson*, in: Roberts/Stephan/Verdier/Versteeg (Hrsg.), Comparative International Law, 527 ff.; *Lee*, in: Chaisse/Lin (Hrsg.), International Economic Law and Governance, 131 ff.; *Roberts*, American Journal of International Law 112 (2018), 410 ff.; *Nowrot*, in: Justenhoven/O’Connell (Hrsg.), Peace Through Law, 187 (195 ff.); sowie die eingehenderen Analysen von *Titi*, The Right to Regulate in International Investment Law, 32 ff.; *Mouyal*, International Investment Law and the Right to Regulate, 8 ff., jeweils m.w.N.

56 Für einen aktuelleren Überblick siehe UNCTAD, World Investment Report 2019, Special Economic Zones, 2019, 104 ff.; UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 112 ff.; UNCTAD, The Changing IIA Landscape: New Treaties and Recent Policy Developments, IIA Issues Note, Issue 1, July 2020, 6 ff.

57 Hierzu beispielsweise *Nowrot*, Journal of World Investment and Trade 15 (2014), 612 (630).

durch Präzisierung der Vertragsbestimmungen, namentlich durch eine Konkretisierung der Investitionsschutzstandards,⁵⁸ die Aufnahme von Rechtfertigungsklauseln sowie von Bestimmungen, welche die Regulierungsautonomie der Gaststaaten betonen,⁵⁹ Regelungen über die Zulässigkeit von *amicus curiae*-Schriftsätzen im Rahmen von investitionsrechtlichen Schiedsverfahren,⁶⁰ weitere Reformansätze im Kontext von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren und ihrer prozessualen Ausgestaltung,⁶¹ Bestimmungen über die Kompetenz der Vertragsparteien zur autoritativen Vertragsinterpretation⁶² sowie die Statuierung von Investorenpflichten in Investitionsabkommen.⁶³

Und die aktuelle Corona-Krise verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit, diese Reformbemühungen auf dem Gebiet des internationalen Investitionsrechts konsequent weiterzuführen,⁶⁴ um auch in diesem zentralen Teilbereich des Internationalen Wirtschaftsrechts deutlich ausdifferenziertere Regelungsstrukturen zu etablieren, welche es unter anderem den Staaten unter erleichterten und von größerer Rechtssicherheit geprägten Bedingungen ermöglichen – natürlich nicht nur, aber insbesondere auch im Rahmen des Gesundheitsschutzes und der effektiven Bekämpfung von Pandemien – adäquate Maßnahmen ergreifen zu können, ohne im Sinne eines möglichen „regulatory chill“⁶⁵ gegebenenfalls befürchten zu müssen, im Widerspruch zu Verhaltensvorgaben aus Investitionsabkommen zu handeln und auf diese Weise gegenüber ausländischen Investoren schadensersatzpflichtig zu werden.

58 Eingehender zu diesem Regelungsansatz vgl. *Boor/Nowrot*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 7 (2016), 91 ff., m.w.N.

59 Siehe hierzu u.a. *Sabanogullari*, General Exception Clauses in International Investment Law, 54 ff.; *Nowrot*, Journal of World Investment and Trade 15 (2014), 612 (631 ff.).

60 Eingehender hierzu beispielsweise *Born/Forrest*, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 34 (2019), 626 ff.; *Tams/Zoellner*, AVR 45 (2007), 217 ff.; *Wiik*, *Amicus Curiae* before International Courts and Tribunals, 115 ff. und *passim*; *Segger*, Der Amicus Curiae im Internationalen Wirtschaftsrecht, 164 ff.; *Fach Gómez*, Fordham International Law Journal 35 (2012), 510 ff.; *Zachariasiewicz*, Journal of International Arbitration 29 (2012), 205 ff.; *Schill/Djanic*, in: Benvenuti/Nolte (Hrsg.), Community Interests Across International Law, 221 (240 ff.); *Nowrot*, Ein notwendiger „Blick über den Tellerrand“, 23 ff.; *Levine*, Berkeley Journal of International Law 29 (2011), 200 ff.

61 Zu den aktuellen Reformansätzen im Zusammenhang mit Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren siehe statt vieler *Roberts*, American Journal of International Law 112 (2018), 410 ff., m.w.N.

62 Zur autoritativen Vertragsinterpretation im vorliegenden Kontext vgl. *Boor/Nowrot*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 7 (2016), 91 (102 ff.); *Methymaki/Tzanakopoulos*, in: Kulick (Hrsg.), Reassertion of Control over the Investment Treaty Regime, 155 (162 ff.).

63 Eingehender zur Aufnahme von Investorenpflichten in Investitionsabkommen in der jüngeren Vertragspraxis siehe *Nowrot*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 1154 ff.; *ders.*, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements, 5 ff., jeweils m.umf.N.

64 Zu dieser Wahrnehmung auch beispielsweise UNCTAD, Investment Policy Responses to the COVID-19 Pandemic, Investment Policy Monitor, Special Issue No. 4, May 2020, 11 f.; UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 95; UNCTAD, The Changing IIA Landscape: New Treaties and Recent Policy Developments, IIA Issues Note, Issue 1, July 2020, 5; UNCTAD, Investor-State Dispute Settlement Cases Pass the 1,000 Mark: Cases and Outcomes in 2019, IIA Issues Note, Issue 2, July 2020, 6.

65 Zu dem im Einzelnen umstrittenen Phänomen des „regulatory chill“ im Kontext des internationalen Investitionsrechts vgl. unter anderem *Bonnitcha*, Substantive Protection under Investment Treaties, 113 ff.; *Butler/Subedi*, Netherlands International Law Review 64 (2017), 43 (58); *Tienhaara*, in: Brown/Miles (Hrsg.), Evolution in Investment Treaty Law and Arbitration, 606 ff.

C. Makro-Perspektive: Konsequenzen für die zukünftige Rolle des Internationalen Wirtschaftsrechts

Diese letztgenannte Hervorhebung der Bedeutung eines fortgesetzten Reformprozesses im internationalen Investitionsrecht gerade auch im Lichte der Erfahrungen der aktuellen Corona-Krise leitet bereits über zu dem zweiten Teil dieses kleinen Beitrags, in dessen Rahmen die Thematik „COVID-19-Pandemie und Internationales Wirtschaftsrecht“ eher aus einer zukunftsgerichteten Makro-Perspektive betrachtet werden soll und in dem ich mit den Leserinnen und Lesern einige Gedanken zu den möglichen Auswirkungen der Corona-Krise auf die zukünftige Funktion und inhaltliche Ausgestaltung der normativen Ordnungsstrukturen des Internationalen Wirtschaftsrechts teilen möchte.

Es entspricht zu Recht wohl allgemeiner Ansicht in der Rechtswissenschaft, dass jeder Art der Normgebung eine Aufgabenerfüllung bzw. Zwecksetzung im Sinne der „Annäherung an einen erwünschten Zustand“ immanent ist,⁶⁶ die Rechtsetzung also nicht für sich genommen eine gleichsam zweckfreie Aufgabe darstellt, sondern lediglich als ein „Instrument der Aufgabenerledigung“ zu qualifizieren ist.⁶⁷ Ihre inhaltliche Ausgestaltung ist regelmäßig motiviert durch politische, gesellschaftliche und ökonomische – also gerade auch sozialökonomische – Erwägungen. Insbesondere auch das Welthandelsrecht und das internationale Investitionsrecht sind in diesem Sinne also auch politisches Recht;⁶⁸ die inhaltliche Ausgestaltung dieser Rechtsregime spiegelt politische Präferenzen der jeweiligen politischen Gemeinwesen und der internationalen Gemeinschaft insgesamt wider.

Bereits vor diesem Hintergrund wird zum einen deutlich, dass eine Diskussion über die zukünftige Rolle und inhaltliche Ausgestaltung auch des Internationalen Wirtschaftsrechts als nicht zuletzt rechtspolitische Fragestellung natürlich vom so genannten „Vorverständnis“⁶⁹ des jeweiligen Diskursteilnehmers mitdeterminiert wird. Was ich den Leserinnen und Lesern hier präsentiere, spiegelt also zumindest auch mein Vorverständnis wider; und dies muss selbstverständlich mit demjenigen der einzelnen Leserinnen und Leser nicht notwendigerweise übereinstimmen. Zum anderen gilt es zu berücksichtigen, dass sich die dem Recht in seiner aktuellen Gestalt zugrunde liegenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen wandeln können und insbesondere auch veränderte Umstände sowie neue politische, technisch-naturwissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen sollten. Rechtliche Strukturen, welche eine nachhaltige Steuerungswirkung entfalten sollen, müssen daher immer auch eine Gemeinwesens- und Zukunftsoffenheit⁷⁰ unter anderem in dem Sinne aufweisen, dass sie dynamisch und flexibel an sich verändernde Situationen, Gesamtumstände und Anforderungen angepasst werden können. Und in der Tat ist die insbesondere auch dem

66 *Bull*, Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz, 44; siehe auch z.B. *Nowrot*, in: Müller-Graff (Hrsg.), EU-Nachbarschaftspolitik – Nordafrika und Nahost, 65.

67 *Kirchhof*, Private Rechtsetzung, 116 (Hervorhebung im Original); zum Verständnis der Rechtssetzungsakte als „Maßnahmen der Ordnung“ bzw. „als Mittel zur Erreichung bestimmter [...] Sachziele“ auch bereits *Bull*, Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz, 325; vgl. überdies z.B. *Nowrot*, The Relationship between National Legal Regulations and CSR Instruments, 8 („the creation of legal and other rules of behavior is never an end in itself but merely a means to an end“); *Tietje*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 45 (73).

68 Zur Wahrnehmung des Internationalen Wirtschaftsrechts als ein auch „hochpolitisches“ Recht im Werden siehe bereits kurz *supra* unter A.

69 Zur Bedeutung des Vorverständnisses für die Wahrnehmung von Recht und die Konkretisierung sowie Weiterentwicklung seiner Sollensaussagen grundlegend *Esser*, Vorverständnis und Methodenwahl, 21 ff.; im Prinzip aber auch beispielsweise bereits *Jellinek*, Allgemeine Staatslehre, 332 („Das Recht ist demnach ein Teil der menschlichen Vorstellungen, es existiert in unseren Köpfen, [...]“).

70 Zur Gemeinwesens- und Zukunftsoffenheit des Rechts am Beispiel verfassungsrechtlicher Ordnungsstrukturen siehe *Nowrot*, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, 112 ff.

Internationalen Wirtschaftsrecht immanente Regelungsdynamik – einschließlich der Notwendigkeit derselben – auch zu Recht bereits verschiedentlich hervorgehoben worden; am prägnantesten wohl von *John H. Jackson*, welcher schon in den 1970er Jahren konstatierte, dass der Versuch einer Beschreibung und Erfassung des Internationalen Wirtschaftsrechts „is like trying to describe a landscape while looking out the window of a moving train – events tend to move faster than one can describe them“.⁷¹

Im Lichte dieser gerade auch politikpräferenzabhängigen Regelungsdynamik des Internationalen Wirtschaftsrechts stellt sich somit nunmehr die Frage, welche Änderungen im internationalen Wirtschaftssystem wir als Folge der Corona-Krise erwarten können und welche Konsequenzen wir bezogen auf die Rolle und Funktionen des Internationalen Wirtschaftsrechts daraus ziehen sollten. Ein zentraler und gerade auch für die zukünftige Entwicklung des internationalen Wirtschaftssystems und seiner Rechtsordnung potentiell ausgesprochen relevanter Zwischenbefund bezieht sich in diesem Zusammenhang zunächst auf die Rolle der Staaten in den grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen.⁷² Der moderne, mit Souveränität ausgestattete Territorialstaat, dessen Herausbildung als zentraler Akteur im internationalen System – natürlich vereinfacht im Sinne gleichsam einer eurozentristischen „Daumenregel“⁷³ – vielfach auf den Zeitpunkt, die Umstände sowie den Inhalt des Westfälischen Friedens im Jahre 1648 datiert wird,⁷⁴ hat sich in der aktuellen COVID-19-Pandemie – for better or for worse – als eine ausgesprochen wirkungsmächtige Handlungseinheit⁷⁵ erwiesen und auf diese Weise seine Position als Zentralakteur im internationalen System bestätigt bzw. sogar noch weiter gefestigt.⁷⁶ Jegliche Vorstellung von einem langsamen Verschwinden des modernen Territorialstaates und seinem Aufgehen in einem post-westfälischen System der Global Governance, wie sie namentlich seit den 1990er Jahren im sozial- und rechtswissenschaftlichen Schrifttum diskutiert wird,⁷⁷ erscheint damit aus aktueller Perspektive betrachtet wohl auf absehbare Zeit unwahrscheinlicher denn je. Der moderne Territorialstaat ist Mitte des 17. Jahrhunderts gekommen, um zu bleiben. Und dies gilt jedenfalls im Prinzip auch für das 21. Jahrhundert.

- 71 *Jackson*, Legal Problems of International Economic Relations, XV. Zur besonderen Regelungsdynamik des Internationalen Wirtschaftsrechts vgl. überdies statt vieler *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 2.
- 72 Allgemein zur Rolle der Staaten als Steuerungsobjekte im Internationalen Wirtschaftsrecht vgl. statt vieler *Nowrot*, in: *Tietje* (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 8 ff.; *Delbrück*, Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, 5 ff.; *ders.*, in: *Bekker/Dolzer/Waibel* (Hrsg.), Essays in Honour of Detlev Vagts, 56 ff.; *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, Rn. 43 ff., jeweils m.w.N.
- 73 Unter anderem vor diesem Hintergrund zurückhaltender in Bezug auf die Bedeutung des Westfälischen Friedens im vorliegenden Kontext allerdings z.B. *Randelzhofer*, in: *Isensee/Lecheler* (Hrsg.), Festschrift Leisner, 3 (5 f.); sowie *Schreuer*, European Journal of International Law 4 (1993), 447, welcher das Abstellen auf den Westfälischen Frieden als „oversimplification“ qualifiziert; ähnlich auch *Fassbender*, in: *Erberich u.a.* (Hrsg.), Frieden und Recht, 9 (22) („idealtypische Vereinfachung“); *Fastenrath*, in: *Blickle/Hüglin/Wyduckel* (Hrsg.), Subsidiarität, 475 („überzeichnend“); vermittelnd schließlich *Suter*, Global Order and Global Disorder, 17 („Like the dating of the beginning and end of all eras, the precision of the date is somewhat ambiguous. However, it is necessary to give some sort of date as the beginning of the era, and so it might as well be 1648.“).
- 74 Vgl. hierzu statt vieler *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 3 ff.; *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, § 25; *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 5; *ders.*, Internationalisiertes Verwaltungshandeln, 30; *Krajewski*, Völkerrecht, 35 f.; *Hobe*, Einführung in das Völkerrecht, 12 u. 20 f.; *McRae*, Recueil des Cours 260 (1996), 99 (148); *Perez*, Wisconsin International Law Journal 14 (1996), 463 (466); *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 104 ff. Die Friedensverträge von Münster und Osnabrück sind abgedruckt in: *Grewe* (Hrsg.), Fontes Historiae Iuris Gentium, Bd. 2, 183 ff.
- 75 Zur Vorstellung vom Staat als „organisierte Entscheidungs- und Wirkungseinheit“ siehe auch bereits *Heller*, Staatslehre, 228 ff.
- 76 Vgl. auch beispielsweise den Befund von *von Bogdandy/Villarreal*, International Law on Pandemic Response, 25 („Indeed, the role of anything international seems uncertain in this crisis. The rationale deployed by states often seems to be ‘my country first’.“).
- 77 Zu dieser Diskussion vgl. statt vieler *Schreuer*, European Journal of International Law 4 (1993), 447 ff.; *Schachter*, Columbia Journal of Transnational Law 36 (1997), 7 ff.; *Delbrück*, Schweizerische Zeitschrift für Internationales und Europäisches Recht 11 (2001), 1 ff.; *Nowrot*, Global Governance and International Law, 5 ff., jeweils m.w.N.

Und es steht zu erwarten, dass der staatliche Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen insgesamt aus einer Vielzahl von Gründen unter den aktuellen Bedingungen weiter zunehmen wird.⁷⁸ Dies gilt nicht zuletzt für den Bereich der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen. Viele Staaten, hierunter insbesondere auch westliche Industriestaaten, werden dabei als Reaktion auf die Corona-Krise ihre Außenwirtschaftspolitik jedenfalls in Teilbereichen wohl auch längerfristig neu ausrichten oder haben dies schon getan.⁷⁹ Dies betrifft unter anderem die Sicherung einer weitergehenden Versorgungsautonomie beispielsweise im Bereich des Gesundheitssektors,⁸⁰ die Verminderung von Importabhängigkeiten sowie die Neuausrichtung und Verkürzung von Lieferketten⁸¹ zum Beispiel durch eine weitergehende Förderung von entsprechenden Produktionsstätten im Inland. Und diese Entwicklung geht weit über den aktuell vielfach im Vordergrund stehenden Gesundheitssektor hinaus. So hat beispielsweise die japanische Regierung ein milliardenschweres Unterstützungsprogramm auf den Weg gebracht, um allgemein – unter anderem zur Verhinderung von Störungen in der Lieferkette – die Rückverlagerung von Produktionsstätten japanischer Firmen in China nach Japan zu fördern.⁸²

Die außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen beziehen sich aber auch auf eine verstärkte staatliche Kontrolle bei der Zulassung ausländischer Investitionen in Gestalt von Investitionsprüfungsverfahren aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere im Kontext von Übernahmen inländischer Unternehmen durch ausländische Investoren. Hierbei handelt es sich natürlich keineswegs um eine ganz neue Entwicklung. Vielmehr zeichnete sich ein globaler Trend zum vermehrten Einsatz von Mechanismen zur Überprüfung ausländischer Investitionen bereits in den vergangenen Jahren ab.⁸³ Dieser Prozess ist jedoch ersichtlich durch die aktuelle Corona-Krise aus mehreren Gründen qualitativ und quantitativ noch bedeutender und akzentuierter geworden.⁸⁴

78 Hierzu bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Verstaatlichungsmaßnahmen auch *Terhechte*, JZ 2020, 431 ff.

79 Zu der Erkenntnis, dass die staatliche Außenwirtschaftspolitik und das ihr zugrunde liegende Außenwirtschaftsrecht im Allgemeinen schon immer nicht zuletzt auch ein Mittel zur Verwirklichung nichtökonomischer Zwecksetzungen und Interessen gewesen ist, vgl. exemplarisch *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 15, Rn. 5; *Krajewski*, in: Biondi/Eeckhout/Ripley (Hrsg.), *EU Law after Lisbon*, 292 (297); *Boysen*, in: von Arnould (Hrsg.), *Europäische Außenbeziehungen*, 447 (468 f.); *Nowrot*, in: Bungenberg/Herrmann (Hrsg.), *Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union*, 217 (219 f.); sowie noch deutlich akzentuierter nunmehr *Roberts/Moraes/Ferguson*, *Journal of International Economic Law* 22 (2019), 655 ff.

80 Siehe hierzu mit entsprechenden Beispielen UNCTAD, *Investment Policy Responses to the COVID-19 Pandemic*, *Investment Policy Monitor*, Special Issue No. 4, May 2020, 5.

81 Hierzu beispielsweise aktuell *Javorcik*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy*, 111 ff.; *Miroudot*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy*, 117 ff.; vgl. primär aus der Perspektive der Privatwirtschaft auch UNCTAD, *World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic*, 2020, 5 („The pandemic will drive MNEs to consider options to achieve greater supply chain resilience and could lead to a policy push for a higher degree of national or regional self-sufficiency in the production of critical supplies – which may extend to broader strategic industrial capacity.“).

82 UNCTAD, *Investment Policy Responses to the COVID-19 Pandemic*, *Investment Policy Monitor*, Special Issue No. 4, May 2020, 6.

83 Siehe beispielsweise Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union, ABl. EU 2019, Nr. L 79 I/1 v. 21. März 2019; sowie die Analyse in UNCTAD, *National Security-Related Screening Mechanisms for Foreign Investment – An Analysis of Recent Policy Developments*, *Investment Policy Monitor*, Special Issue, December 2019.

84 Vgl. zu einigen aktuell eingeführten Maßnahmen UNCTAD, *Investment Policy Responses to the COVID-19 Pandemic*, *Investment Policy Monitor*, Special Issue No. 4, May 2020, 7 f. („The COVID-19 pandemic has resulted in intensified screening of foreign investment for national security reasons as countries strengthen their legal frameworks or introduce new regimes. These measures aim at safeguarding domestic capacities relating to health care, pharmaceuticals, medical supplies and equipment. Consequently, countries either expand their screening mechanisms to cover these sectors or broaden the meaning of national security and public interest to include health emergencies. Furthermore, they employ FDI reviews to protect other critical domestic businesses and technologies that may be particularly vulnerable to hostile foreign takeovers.“); *ibid.*, 12 („Looking ahead, the pandemic is likely to have lasting effects on investment policy making. It may reinforce and solidify the ongoing trend towards more restrictive admission policies for foreign

Und das alles – die Förderung wirtschaftlicher Autarkie sowie die Intensivierung der Kontrolle ausländischer Investitionen – sowie zahlreiche weitere entsprechende Maßnahmen, die aktuell oder in naher Zukunft ergriffen werden, werden dann voraussichtlich auch partiell und sektoral zur Folge haben, dass wir so etwas wie eine partielle und sektorale Deglobalisierung der ökonomischen Prozesse und Transaktionen erleben werden. Und dies ist – zumindest partiell und sektoral – sicherlich auch nicht grundsätzlich falsch.

Aber sollten wir deswegen gleichsam fröhlich und unkritisch in den vielstimmigen und bekanntermaßen von vielen unterschiedlichen Motiven getragenen Chor mit dem Lied „Globalization is Dead, Long Live Deglobalization“ einstimmen? Und sollten wir damit gleichzeitig auch das Internationale Wirtschaftsrecht in seiner heutigen Grundausrichtung und seine zentrale Funktion der Ermöglichung und Förderung grenzüberschreitender Handels- und Investitionsbeziehungen in den vielzitierten „Mülleimer der Geschichte“ werfen?

Ich meine: nein. Es ist bereits seit langem zumindest im Grundsatz allgemein anerkannt, dass die insbesondere gegen Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts namentlich gerade auch in Deutschland dominierende Vorstellung des „geschlossenen“, durch „eine Politik der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen *Abkapselung* und zugleich der fast ausschließlichen Wahrung nationaler *Eigeninteressen*“ geprägten Staates⁸⁵ die heutigen Rahmenbedingungen im internationalen System und die Position der Staaten als Steuerungsakteure in diesem Interaktionsgefüge jedenfalls nicht mehr – so sie es je getan hat – in adäquater Weise widerspiegelt. Moderne Staatlichkeit ist in zentraler Weise gerade auch durch den Umstand geprägt, dass sich die normativen Steuerungsherausforderungen in einer wachsenden Anzahl von Politikfeldern einer individualstaatlichen Lösung entziehen; zumindest die meisten Staaten der Welt also unter anderem mangels territorialer Reichweite, Ressourcen sowie Informationen in zunehmendem Umfang nicht mehr in der Lage sind, eine effektive Regelung der sich weltweit vollziehenden ökonomischen, ökologischen, sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen, technischen und gesundheitspolitischen Vorgänge im Alleingang zu bewältigen.⁸⁶ Vor diesem Hintergrund ist der Staat heute zur wirksamen normativen Steuerung der entsprechenden grenzüberschreitenden Phänomene vielfach gerade auch auf ein kooperatives Vorgehen mit anderen Staaten, aber auch in und mit internationalen und supranationalen Organisationen sowie weiteren zunehmend einflussreicheren nichtstaatlichen bzw. intermediären Akteuren angewiesen.⁸⁷

Dies zeigen und bestätigen auch die gewaltigen Herausforderungen der aktuellen COVID-19-Pandemie, welche eben auch nur gemeinsam und durch grenzüberschreitendes solidarisches Handeln bewältigt werden können.⁸⁸ Und dies gilt nicht zuletzt auch für die enormen

investment in industries considered as being of critical importance for host countries.”); siehe überdies UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 4 u. 92 f.

85 So exemplarisch die Charakterisierung von *Vogel*, Die Verfassungsentscheidung des Grundgesetzes für eine internationale Zusammenarbeit, 10 (Hervorhebungen im Original); begriffsprägend insoweit bereits *Fichte*, Der geschlossene Handelsstaat, 1800; vgl. überdies allgemein zu den insgesamt deutlich souveränitätsbetont-introvertierten Staatsbetrachtungen in diesem Zeitraum *Hobe*, Der offene Verfassungsstaat, 49 ff.; *Delbrück*, in: Alexy/Laux (Hrsg.), 50 Jahre Grundgesetz, 65 (66 ff.); *Hobe/Nowrot*, GYIL 50 (2007), 243 (250 ff.), m.w.N.; sowie zusammenfassend *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts, Rn. 113 („Entwicklung des Staates vom überkommenen, souveränen, in sich geschlossenen Nationalstaat zum heutigen international verflochtenen und supranational eingebundenen Staat“).

86 Zu diesem Befund z.B. *Delbrück*, in: Hobe (Hrsg.), Globalisation – The State and International Law, 17 (22); *Tietje*, Internationalisiertes Verwaltungshandeln, 165; *Peters*, Elemente einer Theorie der Verfassung Europas, 132 f.; *Hobe*, Duquesne University Law Review 40 (2002), 655 (656).

87 Hierzu beispielsweise *Tietje*, DVBl. 2003, 1081 (1092); *Delbrück*, in: Jickeli/Kreutz/Reuter (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Jürgen Sonnenschein, 793 (801 ff.); *Jackson*, American Journal of International Law 97 (2003), 782 (802); *Ruffert*, Globalisierung als Herausforderung, 48 f.; *Nettesheim*, JZ 2002, 569 (576 f.), jeweils m.w.N.

88 Vgl. auch z.B. *von Bogdandy/Villarreal*, Critical Features of International Authority in Pandemic Response, 28 f.; *Seitz*, EuZW 2020, 449 (452).

ökonomischen Herausforderungen, welche die Corona-Krise mit sich gebracht hat und wahrscheinlich noch mit sich bringen wird. Der geschlossene Handelsstaat – so der Titel einer von *Johann Gottlieb Fichte* im Jahre 1800 publizierten Utopie⁸⁹ – ist eben genau das, eine Utopie, und zwar keine erstrebenswerte. Wenn sich jeder Staat ökonomisch auf sich selbst zurückzöge, würde dies – um nur eines von zahlreichen möglichen Beispielen und negativen Konsequenzen zu nennen – zunächst vor allem die schwächsten Mitglieder der internationalen Gemeinschaft treffen, nämlich die am wenigsten entwickelten Länder und ihre Bevölkerung.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen stellen sich nicht als prinzipiell nachteilig dar. Vielmehr sind die Ermöglichung und Förderung eines freien grenzüberschreitenden Handels und der Tätigkeit von ausländischen Investitionen grundsätzlich global wohlfahrtsfördernd; jedenfalls wohlfahrtsfördernder als der geschlossene Handelsstaat. Vor diesem Hintergrund sind denn im rechtswissenschaftlichen Schrifttum – und dies durchaus mit einiger Berechtigung – auch beispielsweise zentrale Ordnungsprinzipien wie die Offenheit der Märkte⁹⁰ sowie die „promotion of an essentially rule-based and fair global market“ als übergeordnete Aufgabe der WTO-Rechtsordnung⁹¹ bereits selbst als globale Gemeinwohlbelange bzw. internationale öffentliche Interessen qualifiziert worden. Und um den ganz überwiegend privaten Wirtschaftsakteuren⁹² – Unternehmen und Individuen – ein hinreichendes Maß an Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit im Zusammenhang mit ihren grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten zu gewähren,⁹³ also zur Stabilisierung ihrer Verhaltenserwartungen,⁹⁴ bedarf es des

89 *Fichte*, Der geschloßne Handelsstaat, 1800.

90 Vgl. hierzu *Pauwelyn*, in: Maskus/Reichman (Hrsg.), *International Public Goods*, 817 f.; *Khan/Paulus*, in: Erberich u.a. (Hrsg.), *Frieden und Recht*, 217 (253 u. 256); *Shaffer*, *Journal of International Economic Law* 7 (2004), 459 (462 f.); in diese Richtung auch *Oeter*, in: Brugger/Kirste/Anderheiden (Hrsg.), *Gemeinwohl*, 215 (231 f.); deutlich differenzierter in Bezug auf die Anerkennung des Freihandels als Gemeinschaftsinteresse allerdings unter anderem *Uerpman*, *JZ* 2001, 565 (571).

91 So *Tietje/Lang*, in: Benvenuti/Nolte (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, 191 (213 ff.); vgl. in diesem Zusammenhang auch beispielsweise *Oeter*, in: *Hilf/Oeter* (Hrsg.), *WTO-Recht*, § 1, Rn. 58 („Den Beteiligten ist mittlerweile sehr wohl bewusst, dass in der WTO nicht nur spezifische Eigeninteressen in konkreten Streitfällen auf dem Spiel stehen, sondern dass in der Konstruktion der WTO so etwas wie ein ‚Gemeinwohl‘ der Staatengemeinschaft aufgehoben ist, das im alltäglichen Funktionieren der Welthandelsordnung immer wieder neuer Bestätigung und Konkretisierung bedarf.“).

92 Siehe zu dieser Wahrnehmung auch z.B. WTO, *United States – Sections 301-310 of the Trade Act of 1974*, Report of the Panel of 22 December 1999, WT/DS152/R, Rn. 7.76 („The multilateral trading system is, per force, composed not only of States but also, indeed mostly, of individual economic operators.“).

93 Zu dieser zentralen Zwecksetzung des Welthandelsrechts vgl. exemplarisch GATT Panel, *The United States Manufacturing Clause*, Report of the Panel adopted on 15/16 May 1984, L/5609-31S/74, Rn. 39 („The Panel further noted that one of the basic aims of the General Agreement was security and predictability in trade relations among contracting parties.“); GATT Panel, *United States – Taxes on Petroleum and Certain Imported Substances*, Report of the Panel adopted on 17 June 1987, L/6175 - 34S/136, Rn. 5.2.2 („to create the predictability needed to plan future trade“); WTO, *United States – Sections 301-310 of the Trade Act of 1974*, Report of the Panel of 11 December 1999, WT/DS152/R, Rn. 7.75 („Providing security and predictability to the multilateral trading system is another central object and purpose of the system which could be instrumental to achieving the broad objectives of the Preamble. Of all WTO disciplines, the DSU is one of the most important instruments to protect the security and predictability of the multilateral trading system and through it that of the market-place and its different operators.“); WTO, *Russia – Measures Concerning Traffic in Transit*, Report of the Panel of 5 April 2019, WT/DS512/R, Rn. 7.79; *Jackson*, *Journal of International Economic Law* 1 (1998), 1 (5) („They [the legal rules of world trade and investment law] may provide the only predictability or stability to a potential investment or trade-development situation. Without such predictability or stability, trade and investment flows might be even more risky and therefore more inhibited than otherwise.“); *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 3, Rn. 14 ff.; sowie Art. 3.2 Dispute Settlement Understanding of the WTO: „The dispute settlement system of the WTO is a central element in providing security and predictability to the multilateral trading system.“. Im Hinblick auf das internationale Investitionsrecht siehe z.B. *Daimler Financial Services AG v. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/05/1, Award of 22 August 2012, Rn. 161 ff.; *Siemens v. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/02/8, Decision on Jurisdiction of 3 August 2004, Rn. 81; *Dolzer/Schreuer*, *Principles of International Investment Law*, 22 („Thus, the purpose of investment treaties is to address the typical risks of a long-term investment project, and thereby to provide stability and predictability in the sense of an investment-friendly climate.“).

94 Im Hinblick auf die Stabilisierung von Verhaltenserwartungen als eine der zentralen Funktionen des Rechts allgemein vgl. *Luhmann*, *Rechtssoziologie*, 80 ff.; *ders.*, *Das Recht der Gesellschaft*, 124 ff.; sowie im Grundsatz auch *Arendt*,

Internationalen Wirtschaftsrechts; nicht zuletzt mit der Aufgabe, den Staaten rechtliche Grenzen ihrer diesbezüglichen Handlungsfreiheit aufzuerlegen. Dies entspricht im Übrigen wohl auch der Wahrnehmung vieler Staaten. So wird beispielsweise erwartet, dass im Zuge der wirtschaftlichen Erholung während und nach der Corona-Krise sich der globale Wettbewerb um Auslandsinvestitionen intensivieren wird⁹⁵ und im Rahmen dieser Prozesse natürlich auch Investitionsabkommen eine nicht unwesentliche Rolle zukommt.

Ein freier Welthandel und die Intensivierung grenzüberschreitender Wirtschaftstransaktionen allgemein haben dem internationalen System bislang im Prinzip immer gut getan; und dies weit über den ökonomischen Bereich hinaus. Bereits *Immanuel Kant* hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ aus dem Jahre 1795 auf die politischen Stabilisierungseffekte grenzüberschreitender Wirtschaftsverbindungen hingewiesen.⁹⁶ Diese Vorteile sollte man auch zukünftig nutzen; und eine wichtige Rolle spielt hierbei das Internationale Wirtschaftsrecht.

Aber sollten wir uns deswegen gleichsam fröhlich und unkritisch den – gerade auch im Kontext der aktuellen COVID-19-Pandemie wieder herangezogenen⁹⁷ – Slogan „Free Trade Saves Lives“ zu eigen machen? Ich glaube: nein. Es ist eine gute alte – und auch sozialökonomische – Weisheit, dass schon vor dem Hintergrund der überragenden gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ökonomischen Handelns die soziale Tätigkeit des Wirtschaftens sich aus einer normativen Perspektive betrachtet abstrakt auf zwei Dimensionen zurückführen lässt.⁹⁸

Auf der einen Seite ist und sollte Wirtschaft als soziale Tatsache untrennbar auch mit Selbststeuerung der individuellen ökonomischen Subjekten verbunden sein und daher auch als individuelle Freiheitsverwirklichung verstanden werden – eine Freiheitsverwirklichung, die gerade auch unter anderem durch die internationalen Menschenrechte gewährleistet wird.⁹⁹ Auf der anderen Seite ist ökonomisches Handeln aus Gründen des Gemeinwohls aber immer auch auf staatliche bzw. überstaatliche Außensteuerung angewiesen, unter anderem zur Korrektur marktwirtschaftlicher Defizite sowie zum Schutz und zur Förderung von nichtökonomischen öffentlichen Interessen wie der Verwirklichung der Menschenrechte, dem Schutz der Gesundheit und der Umwelt sowie der Durchsetzung von Arbeits- und Sozialstandards. Wirtschaftliches Handeln und damit auch globaler Freihandel und grenzüberschreitende Investitionstätigkeiten bedürfen immer auch einer gewissen rechtlichen Einhegung und Begrenzung. Dies gilt für den innerstaatlichen Bereich, aber natürlich auch für das internationale Wirtschaftssystem. Und auch dies ist bzw. sollte eine zentrale Zwecksetzung und Aufgabe der normativen Ordnungsstrukturen des Internationalen Wirtschaftsrechts sein.

Die Wahrheit und Weisheit liegt also, wie so oft, richtigerweise gleichsam irgendwo in der Mitte zwischen „Long Live Deglobalization“ und „Free Trade Saves Lives“. Die inhaltliche Ausrichtung des Internationalen Wirtschaftsrechts sollte nicht auf die Ermöglichung und Unterstützung eines geschlossenen Handelsstaates ausgerichtet sein, aber eben auch nicht auf die unqualifizierte Begünstigung eines umfassenden internationalen Freihandels, sondern vielmehr auf die Förderung nachhaltiger und verantwortungsbewusster Prozesse wirtschaftlicher Globalisierung sowie die Etablierung einer diese Prozesse steuernd begleitenden transnationalen

Vita activa oder Vom tätigen Leben, 313 („Inseln des Voraussehbaren“). Kritisch zu dieser Wahrnehmung demgegenüber z.B. *Möllers*, Die Möglichkeit der Normen, 128 ff., 291 f., 418 ff.

95 So z.B. UNCTAD, Investment Policy Responses to the COVID-19 Pandemic, Investment Policy Monitor, Special Issue No. 4, May 2020, 12; UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 96.

96 *Kant*, Zum ewigen Frieden, 33.

97 Exemplarisch *Pauwelyn*, in: Baldwin/Evenett (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy, 103 (108) („‘Trade saves lives’ could have been the headline.”).

98 Siehe hierzu bereits *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 13 ff., m.w.N.

99 Hierzu deutlich *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 13 ff., 68 ff., m.w.N.

Verantwortungsgemeinschaft.¹⁰⁰ Ansätze für eine entsprechende Reorientierung des Internationalen Wirtschaftsrechts gerade auch im Sinne einer zunehmenden Ausrichtung auf die Verwirklichung transnationaler Gemeinwohlbelange sowie die Bewahrung und gerechte Verteilung von globalen öffentlichen Gütern lassen sich vor allem in jüngerer Zeit durchaus bereits nachweisen.¹⁰¹

Aber da ist nach Auffassung vieler natürlich auch noch gleichsam viel Luft nach oben. Aus einer übergreifenden juristischen Perspektive betrachtet könnte man sagen, dass das Internationale Wirtschaftsrecht in noch akzentuierterer Weise als bislang unter anderem der Ergänzung und Mitprägung durch eine Art von internationalem Sozialstaatsprinzip bedarf, wie wir es aus dem innerstaatlichen Bereich kennen.¹⁰² Was die Realisierungsmöglichkeiten eines solchen internationalen Sozialstaatsprinzips angeht, so möchte ich mich hier nur ganz allgemein auf eine uralte ostasiatische Weisheit beziehen, die viele Leserinnen und Leser kennen und wahrscheinlich auch im Kontext der Corona-Krise wieder einmal gehört haben: Das chinesische Wort für „Krise“ ist ein zusammengesetztes Wort. Es setzt sich zusammen aus den Einzelwörtern für „Gefahr“ und für „Gelegenheit“.

Vergessen und unterschätzen wir also nicht die Gefahren der COVID-19-Pandemie, aber nutzen wir gerade auch die Gelegenheit, welche sich in der aktuellen Situation nicht zuletzt auch hinsichtlich einer möglichen Weiterentwicklung und Neuausgestaltung des internationalen Wirtschaftssystems und seiner Rechtsordnung bietet.

100 Grundlegend zur konzeptionellen Idee einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft im Kontext des internationalen Wirtschaftssystems *Nowrot/Wardin*, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung, 48 ff.; vgl. überdies *Nowrot*, in: *Tietje/Nowrot* (Hrsg.), Verfassungsrechtliche Dimensionen des Internationalen Wirtschaftsrechts, 57 (97 ff.); sowie z.B. *Klabbers/Peters/Ulfstein*, The Constitutionalization of International Law, 261; *Frey*, Globale Energieversorgungssicherheit, 26 ff., 171 ff.; *Rost*, Die Herausbildung transnationalen Wirtschaftsrechts auf dem Gebiet der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, 53 ff.; *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 136.

101 Hierzu statt vieler *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 133 ff., m.w.N.

102 Allgemein zur gegenwärtigen normativen Verwirklichung sowie den Möglichkeiten einer Übertragung des Sozialstaatsprinzips in den bzw. auf die normativen Ordnungsstrukturen der internationalen Rechtsordnung insgesamt siehe beispielsweise bereits *Kotzur*, JZ 2008, 265 ff.; *Dörr*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 73 (2014), 451 (454); *Eichenhofer*, Sozialer Schutz unter den Bedingungen der Globalisierung, 23 ff., 35 ff., 65 ff.

Literaturverzeichnis

- AAKEN, Anne van, *International Investment Law between Commitment and Flexibility: A Contract Theory Analysis*, *Journal of International Economic Law* 12 (2009), 507-538.
- ALEXY, Robert, *Theorie der Grundrechte*, 3. Auflage, Frankfurt am Main 1996.
- ARENDET, Hannah, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München/Zürich 2007.
- ARNAULD, Andreas von, *Die Wissenschaft vom Öffentlichen Recht nach einer Öffnung für sozialwissenschaftliche Theorie*, in: Funke, Andreas/Lüdemann, Jörn (Hrsg.), *Öffentliches Recht und Wissenschaftstheorie*, Tübingen 2009, 65-118.
- BALDWIN, Richard E./EVENETT, Simon J., *Introduction*, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work*, London 2020, 1-19.
- BEHRENS, Peter, *Elemente eines Begriffs des Internationalen Wirtschaftsrechts*, *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 50 (1986), 483-507.
- BENDER, Tobias, *GATT 1994*, in: Hilf, Meinhard/Oeter, Stefan (Hrsg.), *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 229-260.
- BERRISCH, Georg M., *Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT 1994)*, in: Prieß, Hans-Joachim/Berrisch, Georg M. (Hrsg.), *WTO-Handbuch*, München 2003, 71-167.
- BLAUROCK, Uwe, *Regelbildung und Grenzen des Rechts – Das Beispiel der Finanzkrise*, *Juristen-Zeitung* 67 (2012), 226-234.
- BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang, *Die Eigenart des Staatsrechts und der Staatsrechtswissenschaft*, in: Achterberg, Norbert/Krawietz, Werner/Wyduckel, Dieter (Hrsg.), *Recht und Staat im sozialen Wandel – Festschrift für Hans Ulrich Scupin zum 80. Geburtstag*, Berlin 1983, 317-331.
- BOGDANDY, Armin von/VILLARREAL, Pedro A., *Critical Features of International Authority in Pandemic Response: The WHO in the COVID-19 Crisis, Human Rights and the Changing World Order*, *MPIL Research Paper Series No. 2020-18*.
- *International Law on Pandemic Response: A First Stocktaking in Light of the Coronavirus Crisis*, *MPIL Research Paper Series No. 2020-07*.
- BONNITCHA, Jonathan, *Substantive Protection under Investment Treaties – A Legal and Economic Analysis*, Cambridge 2014.
- BOOR, Felix/NOWROT, Karsten, *Die Konkretisierung völkervertragsrechtlicher Investitionsschutzstandards: „Schlossallee“ oder „Badstraße“ auf dem Weg zu mehr Rechtssicherheit?*, *Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht* 7 (2016), 91-105.
- BORN, Gary/FORREST, Stephanie, *Amicus Curiae Participation in Investment Arbitration*, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 34 (2019), 626-665.
- BOWN, Chad P., *COVID-19: Demand Spikes, Export Restrictions, and Quality Concerns Imperil Poor Country Access to Medical Supplies*, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work*, London 2020, 31-47.
- BOYSEN, Sigrid, *Das System des Europäischen Außenwirtschaftsrechts*, in: von Arnould, Andreas (Hrsg.), *Europäische Außenbeziehungen*, Baden-Baden 2014, 447-514.
- BROUDE, Tomer/HAFTEL, Yoram Z./THOMPSON, Alexander, *Who Cares about Regulatory Space in BITS? A Comparative International Approach*, in: Roberts, Anthea/Stephan, Paul B./Verdier, Pierre-Hugues/Versteeg, Mila (Hrsg.), *Comparative International Law*, Oxford 2018, 527-545.
- BRUNER, Jerome S./GOODNOW, Jacqueline J./AUSTIN, George A., *A Study of Thinking*, New York 1956.
- BÜCHELER, Gebhard, *Proportionality in Investor-State Arbitration*, Oxford 2015.
- BULL, Hans Peter, *Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz*, 2. Auflage, Kronberg 1977.
- BURCKHARDT, Walther, *Methode und System des Rechts*, Zürich 1936.
- BUTLER, Nicolette/SUBEDI, Surya, *The Future of International Investment Regulation: Towards a World Investment Organisation?*, *Netherlands International Law Review* 64 (2017), 43-72.
- CHARNOVITZ, Steve, *The Field of International Economic Law*, *Journal of International Economic Law* 17 (2014), 607-626.
- *What is International Economic Law?*, *Journal of International Economic Law* 14 (2011), 3-22.
- COLLINS, David, *An Introduction to International Investment Law*, Cambridge 2017.
- DAHM, Georg/DELBRÜCK, Jost/WOLFRUM, Rüdiger, *Völkerrecht*, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- DAM, Kenneth W., *The GATT: Law and International Economic Organization*, Chicago 1970.
- DE LUCA, Anna/SACERDOTI, Giorgio, *Investment Dispute Settlement*, in: Krajewski, Markus/Hoffmann, Rhea Tamara (Hrsg.), *Research Handbook on Foreign Direct Investment*, Cheltenham 2019, 193-240.

- DELBRÜCK, Jost, The Changing Role of the State in the Globalising World Economy, in: Bekker, Pieter H.F./Dolzer, Rudolf/Waibel, Michael (Hrsg.), Making Transnational Law Work in the Global Economy – Essays in Honour of Detlev Vagts, Cambridge 2010, 56-70.
- The Effects of Globalization on (Modern) Statehood, in: Hobe, Stephan (Hrsg.), Globalisation – The State and International Law, Stuttgart 2009, 17-24.
 - Perspektiven für ein „Weltinnenrecht“? Rechtentwicklungen in einem sich wandelnden Internationalen System, in: Jickeli, Joachim/Kreutz, Peter/Reuter, Dieter (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Jürgen Sonnenschein, Berlin 2003, 793-809.
 - Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Halle/Saale 2002.
 - Structural Changes in the International System and its Legal Order: International Law in the Era of Globalization, Schweizerische Zeitschrift für Internationales und Europäisches Recht 11 (2001), 1-36.
 - 50 Jahre Grundgesetz – 50 Jahre internationale Offenheit der Staatlichkeit, in: Alexy, Robert/Laux, Joachim (Hrsg.), 50 Jahre Grundgesetz, Baden-Baden 2000, 65-86.
- DÖRR, Oliver, Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 73 (2014), 451-454.
- DOLZER, Rudolf, Indirect Expropriations: New Developments?, New York University Environmental Law Journal 11 (2002), 64-93.
- DOLZER, Rudolf/SCHREUER, Christoph, Principles of International Investment Law, 2. Auflage, Oxford 2012.
- EICHENHOFER, Eberhard, Sozialer Schutz unter den Bedingungen der Globalisierung, Berlin 2009.
- ERLER, Georg, Grundprobleme des Internationalen Wirtschaftsrechts, Göttingen 1956.
- ESSER, Josef, Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung – Rationalitätsgarantien der richterlichen Entscheidungspraxis, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1972.
- EVENETT, Simon J., Flawed Prescription: Export Curbs on Medical Goods won't Tackle Shortages, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work, London 2020, 49-61.
- Tackling COVID-19 Together – The Trade Policy Dimension, Global Trade Alert, 23 March 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://www.globaltradealert.org/reports>> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020).
 - Tackling Coronavirus – The Trade Policy Dimension, Global Trade Alert, 11 March 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://www.globaltradealert.org/reports>> (zuletzt besucht am 11. Juli 2020).
- FACH Gómez, Katia, Rethinking the Role of Amicus Curiae in International Investment Arbitration: How to Draw the Line Favorably for the Public Interest, Fordham International Law Journal 35 (2012), 510-564.
- FASSBENDER, Bardo, Die verfassungs- und völkerrechtsgeschichtliche Bedeutung des Westfälischen Friedens von 1648, in: Erberich, Ingo/Hörster, Ansgar/Hoffmann, Michael/Kingreen, Thorsten/Pünder, Hermann/Strömer, Rainer (Hrsg.), Frieden und Recht, Stuttgart/München/Hannover u.a. 1998, 9-52.
- FASTENRATH, Ulrich, Subsidiarität im Völkerrecht, in: Blickle, Peter/Hüglin, Thomas O./Wyduckel, Dieter (Hrsg.), Subsidiarität als rechtliches und politisches Ordnungsprinzip in Kirche, Staat und Gesellschaft, Berlin 2002, 475-535.
- FICHTE, Johann Gottlieb, Der geschloßne Handelsstaat – Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik, Tübingen 1800.
- FIKENTSCHER, Wolfgang, Wirtschaftsrecht, Band 1, München 1983.
- FIORINI, Matteo/HOEKMAN, Bernard/YILDIRIM, Aydin, COVID-19: Expanding Access to Essential Supplies in a Value Chain World, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work, London 2020, 63-76.
- FISCHER, Peter, Das Internationale Wirtschaftsrecht – Versuch einer Systematisierung, German Yearbook of International Law 19 (1976), 143-176.
- FONTANE, Theodor, Effi Briest, Ausgabe Reclam jun., Stuttgart 1984.
- FREY, Katja, Globale Energieversorgungssicherheit – Analyse des völkerrechtlichen Rahmens, Tübingen 2013.
- GARCÍA-BOLÍVAR, Omar E., Sovereignty v. Investment Protection: Back to Calvo?, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 24 (2009), 464-488.
- GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.), Fontes Historiae Iuris Gentium, Band 2, Berlin/New York 1988.
- GRIEBEL, Jörn, Internationales Investitionsrecht, München 2008.
- GROSS, Oren, Chaos and Rules: Should Responses to Violent Crisis Always be Constitutional?, Yale Law Journal 112 (2003), 1011-1134.
- GROSS, Oren/Ní AOLÁIN, Fionnuala, Law in Times of Crises – Emergency Powers in Theory and Practice, Cambridge 2006.
- HAFNER-BURTON, Emilie/HELPER, Laurence R./FARISS, Christopher J., Emergency and Escape: Explaining Derogations from Human Rights Treaties, International Organization 65 (2011), 673-707.

- HAMILTON, Alexander, The Federalist No. 23, in: The Federalist Papers by Alexander Hamilton, James Madison and John Jay, edited and with an Introduction by Garry Wills, New York/Toronto/London 1982, 111-115.
- HARTMAN, Joan F., Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies, *Harvard International Law Journal* 22 (1981), 1-52.
- HASE, Friedhelm, Corona-Krise und Verfassungsdiskurs, *JuristenZeitung* 75 (2020), 697-704.
- HELLER, Hermann, Staatslehre, Leiden 1934.
- HERDEGEN, Matthias, Internationales Wirtschaftsrecht, 12. Auflage, München 2020.
- HERRMANN, Christoph/WEISS, Wolfgang/OHLER, Christoph, Welthandelsrecht, 2. Auflage, München 2007.
- HESSE, Konrad, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Auflage, Heidelberg 1995.
- HOBE, Stephan, Einführung in das Völkerrecht, 11. Auflage, Tübingen 2020.
- The Era of Globalisation as a Challenge to International Law, *Duquesne University Law Review* 40 (2002), 655-665.
 - Der offene Verfassungsstaat zwischen Souveränität und Interdependenz, Berlin 1998.
- HOBE, Stephan/NOWROT, Karsten, Whither the Sovereign State?, *German Yearbook of International Law* 50 (2007), 243-302.
- HOEKMAN, Bernard/FIORINI, Matteo/YILDIRIM, Aydin, COVID-19: Export Controls and International Cooperation, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work*, London 2020, 77-87.
- HOOF, F. van, The Protection of Human Rights and the Impact of Emergency Situations under International Law with Special Reference to the Present Situation in Chile, *Human Rights Journal* 10 (1977), 213-248.
- ISENSEE, Josef, Verfassungsrecht als „politisches Recht“, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Band XII, 3. Auflage, Heidelberg u.a. 2014, 483-555.
- JACKSON, John H., Sovereignty-Modern: A New Approach to an Outdated Concept, *American Journal of International Law* 97 (2003), 782-802.
- Global Economics and International Economic Law, *Journal of International Economic Law* 1 (1998), 1-23.
 - Legal Problems of International Economic Relations, St. Paul 1977.
- JACOB, Marc/SCHILL, Stephan W., Fair and Equitable Treatment: Content, Practice, Method, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), *International Investment Law*, Baden-Baden 2015, 700-763.
- JARVORCIK, Beata, Global Supply Chains will not be the same in the post-COVID-19 World, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work*, London 2020, 111-116.
- JELLINEK, Georg, *Allgemeine Staatslehre*, 3. Auflage, Berlin 1914.
- JESSEN, Henning, Landwirtschaft, in: Hilf, Meinhard/Oeter, Stefan (Hrsg.), *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 362-380.
- JESTAEDT, Matthias, Verfassungstheorie als Disziplin, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), *Verfassungstheorie*, Tübingen 2010, 3-56.
- JOERGES, Christian, Vorüberlegungen zu einer Theorie des internationalen Wirtschaftsrechts, *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 43 (1979), 6-79.
- KANT, Immanuel, *Zum ewigen Frieden*, Ausgabe Reclam jun., Stuttgart 1984.
- KHAN, Daniel-Erasmus/PAULUS, Andreas L., Gemeinsame Werte in der Völkerrechtsgemeinschaft?, in: Erberich, Ingo/Hörster, Ansgar/Hoffmann, Michael/Kingreen, Thorsten/Pünder, Hermann/Strömer, Rainer (Hrsg.), *Frieden und Recht*, Stuttgart/München/Hannover u.a. 1998, 217-258.
- KIRCHHOF, Ferdinand, *Private Rechtsetzung*, Berlin 1987.
- KLABBERS, Jan/PETERS, Anne/ULFSTEIN, Geir, *The Constitutionalization of International Law*, Oxford/New York 2009.
- KORNIOTI, Nadia/NOWROT, Karsten, Looking Back to Learn for the Future?: The Work of the ILA on the Issue of Human Rights in Times of Emergency in the 1980s, Hamburg 2019.
- KOTZUR, Markus, Soziales Völkerrecht für eine solidarische Völkergemeinschaft?, *JuristenZeitung* 63 (2008), 265-272.
- KRAJEWSKI, Markus, *Völkerrecht*, 2. Auflage, Baden-Baden 2020.
- *Wirtschaftsvölkerrecht*, 4. Auflage, Heidelberg 2017.
 - The Reform of the Common Commercial Policy, in: Biondi, Andrea/Eeckhout, Piet/Ripley, Stefanie (Hrsg.), *EU Law after Lisbon*, Oxford 2012, 292-311.
- KRIEBAUM, Ursula, Expropriation, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), *International Investment Law*, Baden-Baden 2015, 959-1030.
- KRIELE, Martin, *Theorie der Rechtsgewinnung – entwickelt am Problem der Verfassungsinterpretation*, 2. Auflage, Berlin 1976.
- KUCIK, Jeffrey/REINHARDT, Eric, Does Flexibility Promote Cooperation? An Application to the Global Trade Regime, *International Organization* 62 (2008), 477-505.

- LEE, Jaemin, Taming Investor-State Arbitration?, in: Chaisse, Julien/Lin, Tsai-Yu (Hrsg.), International Economic Law and Governance – Essays in Honour of Mitsuo Matsushita, Oxford 2016, 131-152.
- LEICESTER FORD, Paul (Hrsg.), The Writings of Thomas Jefferson, Volume IX, New York/London 1898.
- LEVINE, Eugenia, Amicus Curiae in International Investment Arbitration: The Implications of an Increase in Third-Party Participation, Berkeley Journal of International Law 29 (2011), 200-224.
- LUHMANN, Niklas, Rechtssoziologie, 4. Auflage, Wiesbaden 2008.
- Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995.
 - Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie, 4. Auflage, Frankfurt am Main 1993.
 - Soziologie als Theorie sozialer Systeme, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 19 (1967), 615-644.
- MACDONALD, Ronald St. J., Derogations under Article 15 of the European Convention on Human Rights, Columbia Journal of Transnational Law 36 (1997), 225-267.
- MATSUSHITA, Mitsuo/SCHOENBAUM, Thomas J./MAVROIDIS, Petros C./HAHN, Michael, The World Trade Organization – Law, Practice, and Policy, 3. Auflage, Oxford 2015.
- MAYEN, Thomas, Der verordnete Notstand: Zur Verfassungsmäßigkeit der Befugnisse des Bundesministeriums für Gesundheit nach § 5 IfSG, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 39 (2020), 828-834.
- MCRAE, Donald M., The Contribution of International Trade Law to the Development of International Law, Recueil des Cours 260 (1996), 99-237.
- MEESSEN, Karl M., Zu den Grundlagen des internationalen Wirtschaftsrechts, Archiv des öffentlichen Rechts 110 (1985), 398-418.
- METHYMAKI, Eleni/TZANAKOPOULOS, Antonios, Masters of Puppets? Reassertion of Control through Joint Investment Treaty Interpretation, in: Kulick, Andreas (Hrsg.), Reassertion of Control over the Investment Treaty Regime, Cambridge 2017, 155-181.
- MIROUDOT, Sébastien, Resilience versus Robustness in Global Value Chains: Some Policy Implications, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work, London 2020, 117-130.
- MÖLLERS, Christoph, Die Möglichkeit der Normen, Berlin 2015.
- Das Grundgesetz, München 2009.
 - Vorüberlegungen zu einer Wissenschaftstheorie des öffentlichen Rechts, in: Jestaedt, Matthias/Lepsius, Oliver (Hrsg.), Rechtswissenschaftstheorie, Tübingen 2008, 151-174.
- MÖLLERS, Christoph/VOSSKUHLE, Andreas, Die deutsche Staatsrechtswissenschaft im Zusammenhang der internationalisierten Wissenschaften, Die Verwaltung 36 (2003), 321-332.
- MORLOK, Martin, Reflexionsdefizite in der deutschen Staatsrechtslehre, in: Schulze-Fielitz, Helmuth (Hrsg.), Staatsrechtslehre als Wissenschaft, Berlin 2007, 49-77.
- MOUYAL, Lone W., International Investment Law and the Right to Regulate: A Human Rights Perspective, London 2016.
- NAGY, Csongor István, Clash of Trade and National Public Interest in WTO Law: The Illusion of 'Weighing and Balancing' and the Theory of Reservation, Journal of International Economic Law 23 (2020), 143-163.
- NANTEUIL, Arnaud de, International Investment Law, Cheltenham 2020.
- NETTESHEIM, Martin, Das kommunitive Völkerrecht, JuristenZeitung 57 (2002), 569-578.
- NEWCOMBE, Andrew/PARADELL, Lluís, Law and Practice of Investment Treaties, Austin/Boston/Chicago 2009.
- NOWROT, Karsten, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements – A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?, Hamburg 2020.
- Das Stabilisierungspotential der Handels- und Assoziierungsabkommen der EU mit den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens, in: Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.), EU-Nachbarschaftspolitik – Nordafrika und Nahost, Baden-Baden 2017, 65-106.
 - Global Public Authority in Today's International Economic Legal Order: Towards Substantive and Institutional Convergence à la *Pacem in Terris*?, in: Justenhoven, Heinz-Gerhard/O'Connell, Mary Ellen (Hrsg.), Peace Through Law – Reflections on *Pacem in Terris* from Philosophy, Law, Theology, and Political Science, Baden-Baden 2016, 187-214.
 - Regulatorische Zusammenarbeit als normatives Steuerungskonzept moderner Freihandelsabkommen: Betrachtungen zu einer umstrittenen Ordnungsidee der internationalen Gesetzgebungslehre, Zeitschrift für Gesetzgebung 31 (2016), 1-23.
 - Rohstoffhandel und Good Governance, in: Bungenberg, Marc/Herrmann, Christoph (Hrsg.), Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union: Fünf Jahre nach Lissabon – Quo Vadis?, Baden-Baden 2016, 217-253
 - Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung – Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung des internationalen Wirtschaftsrechts, Hamburg 2016.

- Termination and Renegotiation of International Investment Agreements, in: Hindelang, Steffen/Krajewski, Markus (Hrsg.), *Shifting Paradigms in International Investment Law*, Oxford 2016, 227-265.
 - Obligations of Investors, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), *International Investment Law*, Baden-Baden 2015, 1154-1185.
 - Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft – Alternative Gedanken zur sozialökonomischen Forschung, Lehre und (Eliten-)Bildung, Hamburg 2015.
 - Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration), in: Tietje, Christian (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 67-157.
 - How to Include Environmental Protection, Human Rights and Sustainability in International Investment Law?, *Journal of World Investment and Trade* 15 (2014), 612-644.
 - Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, Tübingen 2014.
 - Ein notwendiger “Blick über den Tellerrand”: Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht, Halle/Saale 2012.
 - The Relationship between National Legal Regulations and CSR Instruments: Complementary or Exclusionary Approaches to Good Corporate Citizenship?, Halle/Saale 2007.
 - Die Transnationale Verantwortungsgemeinschaft im Internationalen Wirtschaftsrecht – Strukturelle Ausgestaltung der normativen Gemeinwohlverwirklichung im internationalen Wirtschaftssystem unter den Bedingungen von Globalisierung und Konstitutionalisierung, in: Tietje, Christian/Nowrot, Karsten (Hrsg.), *Verfassungsrechtliche Dimensionen des Internationalen Wirtschaftsrechts*, Stuttgart/München/Hannover u.a. 2007, 57-101.
 - Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, Berlin 2006.
 - Global Governance and International Law, Halle/Saale 2004.
- NOWROT, Karsten/TIETJE, Christian, CETA an der Leine des Bundesverfassungsgerichts: Zum schmalen Grat zwischen Ultra-vires-Kontrolle und Ultra-vires-Handeln, *Europarecht* 52 (2017), 137-154.
- NOWROT, Karsten/WARDIN, Yvonne, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft, Halle/Saale 2003.
- OETER, Stefan, Welthandelsordnung im Spannungsfeld von Wirtschaft, Recht und Politik, in: Hilf, Meinhard/Oeter, Stefan (Hrsg.), *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 41-63.
- Gemeinwohl in der Völkerrechtsgemeinschaft, in: Brugger, Winfried/Kirste, Stephan/Anderheiden, Michael (Hrsg.), *Gemeinwohl in Deutschland, Europa und der Welt*, Baden-Baden 2002, 215-243.
- OPPOLZER, Alfred, „Sozialökonomie“: Zu Gegenstand, Begriff und Geschichte eines interdisziplinären und praxisbezogenen Wissenschaftskonzeptes, *Sozialökonomische Beiträge* 1 (1990), 6-29.
- PADDEU, Federica, *Justification and Excuse in International Law – Concept and Theory of General Defences*, Cambridge 2018.
- PAUWELYN, Joost, Export Restrictions in Times of Pandemic: Options and Limits under International Trade Agreements, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won’t Work*, London 2020, 103-109.
- WTO Dispute Settlement: Of Sovereign Interests, Private Rights and Public Goods, in: Maskus, Keith E./Reichman, Jerome H. (Hrsg.), *International Public Goods and Transfer of Technology under a Globalized Intellectual Property Regime*, Cambridge 2005, 817-830.
- PELČ, Krzysztof J., *Making and Bending International Rules: The Design of Exceptions and Escape Clauses in Trade Law*, Cambridge 2016.
- Seeking Escape: The Use of Escape Clauses in International Trade Agreements, *International Studies Quarterly* 53 (2009), 349-368.
- PEREZ, Antonio F., Who Killed Sovereignty? Or: Changing Norms Concerning Sovereignty in International Law, *Wisconsin International Law Journal* 14 (1996), 463-490.
- PERKAMS, Markus, *Internationale Investitionsschutzabkommen im Spannungsfeld zwischen effektivem Investitionsschutz und staatlichem Gemeinwohl*, Baden-Baden 2011.
- PETERS, Anne, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, Berlin 2001.
- QURESHI, Asif H./ZIEGLER, Andreas R., *International Economic Law*, 4. Auflage, London 2019.
- RANDELZHOFFER, Albrecht, Die Bedeutung des Westfälischen Friedens für das Völkerrecht, in: Isensee, Josef/Lecheler, Helmut (Hrsg.), *Freiheit und Eigentum – Festschrift für Walter Leisner zum 70. Geburtstag*, Berlin 1999, 3-17.
- REINISCH, August, Die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, in: Tietje, Christian (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 925-946.

- Internationales Investitionsschutzrecht, in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 398-433.
- ROBERTS, Anthea, Incremental, Systemic, and Paradigmatic Reform of Investor-State Arbitration, *American Journal of International Law* 112 (2018), 410-432.
- State-to-State Investment Treaty Arbitration: A Hybrid Theory of Interdependent Rights and Shared Interpretive Authority, *Harvard International Law Journal* 55 (2014), 1-70.
- Clash of Paradigms: Actors and Analogies Shaping the Investment Treaty System, *American Journal of International Law* 107 (2013), 45-94.
- ROBERTS, Anthea/MORAES, Henrique Choer/FERGUSON, Victor, Towards a Geoeconomic Order in International Trade and Investment, *Journal of International Economic Law* 22 (2019), 655-676.
- ROSENDORFF, B. Peter/MILLER, Helen V., The Optimal Design of International Trade Institutions: Uncertainty and Escape, *International Organization* 55 (2001), 829-857.
- ROSSITER, Clinton L., *Constitutional Dictatorship – Crisis Government in the Modern Democracies*, Princeton 1948.
- ROST, Birgit, *Die Herausbildung transnationalen Wirtschaftsrechts auf dem Gebiet der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte*, Berlin 2007.
- RUFFERT, Matthias, *Die Globalisierung als Herausforderung an das Öffentliche Recht*, Stuttgart/München/Hannover u.a. 2004.
- SABAHI, Borzu/RUBINS, Noah/WALLACE, Don, *Investor-State Arbitration*, 2. Auflage, Oxford 2019.
- SABANOULLARI, Levent, *General Exception Clauses in International Investment Law*, Baden-Baden 2018.
- SALACUSE, Jeswald W., *The Law of Investment Treaties*, 2. Auflage, Oxford 2015.
- SCHACHTER, Oscar, The Decline of the Nation-State and its Implications for International Law, *Columbia Journal of Transnational Law* 36 (1997), 7-23.
- SCHEPPELE, Kim Lane, Law in a Time of Emergency: States of Exception and the Temptations of 9/11, *University of Pennsylvania Journal of Constitutional Law* 6 (2004), 1001-1083.
- SCHILL, Stephan W./DJANIC, Vladislav, International Investment Law and Community Interests, in: Benvenisti, Eyal/Nolte, Georg (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, Oxford 2018, 221-248.
- SCHMITT, Carl, *Political Theology – Four Chapters on the Concept of Sovereignty*, translated by George Schwab, Chicago/London 2005.
- SCHMITZ, Holger/NEUBERT, Carl-Wendelin, *Praktische Konkordanz in der Covid-Krise: Vorübergehende Zulässigkeit schwerster Grundrechtseingriffe zum Schutz kollidierenden Verfassungsrechts am Beispiel von Covid-19-Schutzmaßnahmen*, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 39 (2020), 666-671.
- SCHÖBENER, Burkhard/HERBST, Jochen/PERKAMS, Markus, *Internationales Wirtschaftsrecht*, Heidelberg u.a. 2010.
- SCHREUER, Christoph, The Waning of the Sovereign State: Towards a New Paradigm for International Law?, *European Journal of International Law* 4 (1993), 447-471.
- Derogation of Human Rights in Situations of Public Emergency: The Experience of the European Convention on Human Rights, *Yale Journal of World Public Order* 9 (1982), 113-132.
- SCHWARZ, Kyrill-A., Das Infektionsschutzgesetz und die Grundrechte – Ein Lehrstück zum verfassungsrechtlichen Freiheitsverständnis bei drohenden Gefahren, *Juristische Arbeitsblätter* 52 (2020), 321-326.
- SEGGER, Sören, *Der Amicus Curiae im Internationalen Wirtschaftsrecht*, Tübingen 2017.
- SEIFFERT, Wolfgang, Zum Problem des Internationalen Wirtschaftsrechts, in: Gutiérrez Girardot, Rafael/Ridder, Helmut/Lal Sarin, Manohar/Schiller, Theo (Hrsg.), *New Directions in International Law – Essays in Honour of Wolfgang Abendroth – Festschrift zu seinem 75. Geburtstag*, Frankfurt am Main/New York 1982, 159-192.
- SEITZ, Claudia, Schutz vor Epidemien und Pandemien in der Europäischen Union: Das Coronavirus hCoV-19 als Testfall für den Gesundheitsschutz?, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* 31 (2020), 449-453.
- SHAFFER, Gregory C., Recognizing Public Goods in WTO Dispute Settlement: Who Participates? Who Decides?, *Journal of International Economic Law* 7 (2004), 459-482.
- SOTTIAUX, Stefan, Derogation in Time of Emergency, in: van Dijk, Pieter/van Hoof, Fried/van Rijn, Arjen/Zwaak, Leo (Hrsg.), *Theory and Practice of the European Convention on Human Rights*, 5th edition, Cambridge/Antwerp/Portland 2018, 1063-1076.
- STELLINGER, Anna/BERGLUND, Ingrid/IASKSON, Henrik, How Trade can Fight the Pandemic and Contribute to Global Health, in: Baldwin, Richard E./Evenett, Simon J. (Hrsg.), *COVID-19 and Trade Policy – Why Turning Inward Won't Work*, London 2020, 21-30.
- STERN, Klaus, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Band I, 2. Auflage, München 1984.
- SUTER, Keith, *Global Order and Global Disorder – Globalization and the Nation-State*, Westport 2003.

- SYKES, Alan O., Economic “Necessity” in International Law, *American Journal of International Law* 109 (2015), 296-323.
- Protectionism as a “Safeguard”: A Positive Analysis of the GATT “Escape Clause” with Normative Speculations, *University of Chicago Law Review* 58 (1991), 255-305.
- TAMS, Christian J./ZOELLNER, Carl-Sebastian, *Amici Curiae im internationalen Investitionsschutzrecht*, *Archiv des Völkerrechts* 45 (2007), 217-243.
- TERHECHTE, Jörg Philipp, Krise und Verstaatlichung, *JuristenZeitung* 75 (2020), 431-442.
- TIENHAARA, Kyla, Regulatory Chill and the Threat of Arbitration: A View from Political Science, in: Brown, Chester/Miles, Kate (Hrsg.), *Evolution in Investment Treaty Law and Arbitration*, Cambridge 2011, 606-628.
- TIETJE, Christian (Hrsg.), *Welthandelsorganisation, Textausgabe mit Einführung*, 6. Auflage, München 2020.
- Außenwirtschaftsrecht, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 792-862.
 - Begriff, Geschichte und Grundlagen des Internationalen Wirtschaftssystems und Wirtschaftsrechts, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 1-66.
 - WTO und Recht des Weltwarenhandels, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 158-236.
 - Internationales Investitionsschutzrecht im Spannungsverhältnis von staatlicher Regelungsfreiheit und Schutz wirtschaftlicher Individualinteressen, Halle/Saale 2010.
 - The Future of International Investment Protection: Stress in the System?, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 24 (2009), 457-463.
 - Internationaler Investitionsrechtsschutz, in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, Berlin 2009, 63-97.
 - Autonomie und Bindung der Rechtsetzung in gestuften Rechtsordnungen, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 66 (2007), 45-80.
 - Internationales Wirtschaftsrecht und Recht auf Entwicklung als Elemente einer konstitutionalisierten globalen Friedensordnung, in: Dicke, Klaus/Hobe, Stephan/Meyn, Karl-Ulrich/Peters, Anne/Riedel, Eibe/Schütz, Hans-Joachim/Tietje, Christian (Hrsg.), *Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück*, Berlin 2005, 783-813.
 - Die Staatsrechtslehre und die Veränderung ihres Gegenstandes: Konsequenzen von Europäisierung und Internationalisierung, *Deutsches Verwaltungsblatt* 118 (2003), 1081-1096.
 - Internationalisiertes Verwaltungshandeln, Berlin 2001.
 - Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, Berlin 1998.
- TIETJE, Christian/LANG, Andrej, *Community Interests in World Trade Law*, in: Benvenuti, Eyal/Nolte, Georg (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, Oxford 2018, 191-220.
- TITI, Aikaterini, *The Right to Regulate in International Investment Law*, Baden-Baden 2014.
- TREBILCOCK, Michael J., *Advanced Introduction to International Trade Law*, Cheltenham/Northampton 2015.
- TREBILCOCK, Michael/HOWSE, Robert/ELIASON, Antonia, *The Regulation of International Trade*, 4. Auflage, London/New York 2013.
- UERPMANN, Robert, *Internationales Verfassungsrecht*, *JuristenZeitung* 56 (2001), 565-573.
- VAN DEN BOSSCHE, Peter/ZDOUC, Werner, *The Law and Policy of the World Trade Organization*, 4. Auflage, Cambridge 2017.
- VERDROSS, Alfred/SIMMA, Bruno, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin 1984.
- VOGEL, Klaus, *Die Verfassungsentscheidung des Grundgesetzes für eine internationale Zusammenarbeit*, Tübingen 1964.
- VOSSKUHLE, Andreas, *Das Leitbild des „europäischen Juristen“ – Gedanken zur Juristenausbildung und zur Rechtskultur in Deutschland*, *Rechtswissenschaft* 1 (2010), 326-346.
- WALDHOFF, Christian, *Kritik und Lob der Dogmatik*, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), *Was weiß Dogmatik?*, Tübingen 2012, 17-37.
- WIJK, Astrid, *Amicus Curiae before International Courts and Tribunals*, Baden-Baden 2018.
- WOLFRUM, Rüdiger/STOLL, Peter-Tobias/HESTERMEYER, Holger P. (Hrsg.), *WTO – Trade in Goods*, Leiden/Boston 2011.
- YACKEE, Jason Webb, *Conceptual Difficulties in the Empirical Study of Bilateral Investment Treaties*, *Brooklyn Journal of International Law* 33 (2008), 405-462.
- ZACHARIASIEWICZ, Maciej, *Amicus Curiae in International Investment Arbitration: Can it Enhance the Transparency of Investment Dispute Resolution?*, *Journal of International Arbitration* 29 (2012), 205-224.
- ZOELLNER, Carl-Sebastian, *Das Transparenzprinzip im internationalen Wirtschaftsrecht*, Halle/Saale 2009.

Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

ISSN 2366-0260 (print) / ISSN 2365-4112 (online)

Bislang erschienene Hefte

Heft 1

Felix Boor, Die Yukos-Enteignung. Auswirkungen auf das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem aufgehobener ausländischer Handelsschiedssprüche

Heft 2

Karsten Nowrot, Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft. Alternative Gedanken zur sozialökonomischen Forschung, Lehre und (Eliten-) Bildung

Heft 3

Florian Hipp, Die kommerzielle Verwendung von frei zugänglichen Inhalten im Internet

Heft 4

Karsten Nowrot, Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung. Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung des Internationalen Wirtschaftsrechts

Heft 5

Karsten Nowrot, Jenseits eines abwehrrechtlichen Ausnahmecharakters. Zur multidimensionalen Rechtswirkung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG

Heft 6

Karsten Nowrot, Grundstrukturen eines Beratungsverwaltungsrechts

Heft 7

Karsten Nowrot, Environmental Governance as a Subject of Dispute Settlement Mechanisms in Regional Trade Agreements

Heft 8

Margaret Thornton, The Flexible Cyborg: Work-Life Balance in Legal Practice

Heft 9

Antonia Fandrich, Sustainability and Investment Protection Law. A Study on the Meaning of the Term *Investment* within the ICSID Convention

Heft 10

Karsten Nowrot, Of “Plain” Analytical Approaches and “Savior” Perspectives: Measuring the Structural Dialogues between Bilateral Investment Treaties and Investment Chapters in Mega-Regionals

Heft 11

Maryna Rabinovych, The EU Response to the Ukrainian Crisis: Testing the Union’s Comprehensive Approach to Peacebuilding

Heft 12

Marita Körner, Die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union: Struktur und Ordnungsprinzipien

Heft 13

Christin Krusenbaum, Das deutsche Krankenversicherungssystem auf dem Prüfstand – Ist die Bürgerversicherung die ultimative Alternative?

Heft 14

Marita Körner, Age Discrimination in the Context of Employment

Heft 15

Avinash Govindjee/ Judith Brockmann/ Manfred Walser, Atypical Employment in an International Perspective

Heft 16

Cara Paulina Gries, Gesetzliche Barrieren bei der Integration von geduldeten Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt

Heft 17

Karsten Nowrot, Aiding and Abetting in Theorizing the Increasing Softification of the International Normative Order - A Darker Legacy of Jessup’s *Transnational Law*?

Heft 18

Matti Riedlinger, Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Implementierung von Corporate Social Responsibility Berichtspflichten in nationales Recht

Heft 19

Karsten Nowrot, “Competing Regionalism” vs. “Cooperative Regionalism”: On the Possible Relations between Different Regional Economic Integration Agreements

Heft 20

Karsten Nowrot, The 2017 EU Conflict Minerals Regulation: An Effective European Instrument to Globally Promote Good Raw Materials Governance?

Heft 21

Karsten Nowrot, The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law: Addressing Investors' Obligations as a New Regulatory Experiment

Heft 22

Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, Arbitrator Intimidation and the Rule of Law: Aspects of Constitutionalization in International Investment Law

Heft 23

Karsten Nowrot, European Republicanism in (Legitimation) Action: Public Participation in the Negotiation and Implementation of EU Free Trade Agreements

Heft 24

Karsten Nowrot, Non-Recognized Territorial Entities in the Post-Soviet Space from the Perspective of WTO Law: Outreach to Outcasts?

Heft 25

Marita Körner, Beschäftigtendatenschutz im Geltungsbereich der DSGVO

Heft 26

Vladena Lisenko/Karsten Nowrot, The 2018 Pridnestrovian Law on State Support for Investment Activities: Some Thoughts on an Investment Statute in a Frozen Conflict Situation

Heft 27

Marita Körner, Die Rolle des Betriebsrats im Beschäftigtendatenschutz

Heft 28

Nadia Kornioti/Karsten Nowrot, Looking Back to Learn for the Future?: The Work of the ILA on the Issue of Human Rights in Times of Emergency in the 1980s

Heft 29

Marita Körner, Der Betriebsrat als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle

Heft 30

Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, (De-) Constitutionalization of International Investment Law?: Narratives from Africa

Heft 31

Felix Boor, Die beschleunigte Landreform Mugabes vor deutschen Gerichten - der „Hamburger Kaffeestreit“

Heft 32

Karsten Nowrot, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements: A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?

Heft 33

Julius Adler, Der Grundsatz der „Full Protection and Security“ im internationalen Investitionsschutzrecht - Bedeutung in Theorie und Praxis

Heft 34

Sebastian Barth, Gefangenearbeit: Meilen- oder Stolperstein der Resozialisierung? Eine rechtliche Betrachtung von Gefangenearbeit in Bezug auf das Resozialisierungsziel

Heft 35

Karsten Nowrot, Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und außerrechtliche Nachhaltigkeitsvoraussetzungen

Heft 36

Karsten Nowrot, Illegal Trade in Wild Animals and Derived Products during Armed Conflicts: What Role for International Wildlife Agreements?

Heft 37

Emily Sipiorski, The Seabed and Scientific Legitimization of International Law: Transforming Narratives of Global Justice

Heft 38

Matti Riedlinger, Mitwirkung des Betriebsrats im Insolvenzplanverfahren